



# Noch kein Spruch für die niederbleibende Metallindustrie

Breslau, 20. Juni.

Nach einer Mitteilung des D.M. Sekretariats ist gestern in den Verhandlungen für die niederbleibende Metallindustrie noch kein Schlussspruch gefällt worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

## Bergfreiheit-Grube im Streit

Nach der Redaktionsschluss erhalten wir folgende Meldung: Nach dem Beschluss der Reichstags-Versammlung ist nunmehr auf der Bergfreiheit-Grube in Schwabedörfer der Streit ausgebrochen. Mit der baldigen Beilegung des Streits dürfte kaum zu rechnen sein. Die Kohlenarbeiten werden durchgeführt.

Breslau, 20. Juni. Im Ostpreussischen Kohlenrevier sind 5000 Bergarbeiter in den Streit getreten, weil die Grubendirektion nur 70 Prozent der Putzergelöhne auszahlte und die Bezahlung der restlichen 30 Prozent nur ratenweise erledigen will.

## Gegen den Weltbund-Schwindel

Berlin, 19. Juni.

Der rote Frauen- und Mädchenbund veranstaltete gestern abend aus Anlass des Kongresses vom Weltbund für Frauenklimakter eine imposante Gegenveranstaltung im Saalbau Friedrichshagen.

Die Demonstration des roten Frauen- und Mädchenbundes vom Mittwoch aus wurde von der Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt. Unter dem braunenden Jubel der Anwesenden marschierte die Fahnenabteilung in den Saal.

Der erste Redner, Genosse Jendryk, der ehemalige Gauleiter des roten Frontkämpferbundes, wurde von der tausendköpfigen Menge mit einem donnernden dreifachen Rot Front! begrüßt. Jubel empfing auch den anwesenden Vertreter der roten Marine, der in voller Uniform die Grüße der Hamburger revolutionären Arbeiterschaft überbrachte.

Genossin Lené übertrug den Charakter des Weltbundes, der von den Reichs- und Staatsbehörden mit großem Pomp und außerdem mit 25 000 Mark Steuergeldern sogar beschenkt wurde. Sie rief die Arbeiterfrauen auf, am Internationalen roten Tag, dem 1. August, gegen alle bürgerlichen Organisationen und für die rote Front zu demonstrieren.

## Provokatorische Ausschüsse im Arbeiter-Radiobund

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat der erweiterte Bundesvorstand des Arbeiter-Radio-Bundes in einer Sitzung in den letzten Tagen 19 Mitglieder des Berliner Ortsgruppenvorstandes „wegen fortgesetzter und vorfälliger Bundesverstoßender Handlungen“ aus dem Bunde ausgeschlossen! Damit haben die sozialfaschistischen Spalter der Arbeiterbewegung zu ihren bisherigen Schandblättern in der Gewerkschafts-, Sport- und Kulturbewegung eine neue hinzugefügt, um die revolutionäre Opposition in diesen Verbänden niederzuschlagen, damit sie die Mitgliedschaft nicht mehr gegen die sozialfaschistische Politik der Reformisten mobilisieren kann. Die Herrschaften werden sich täuschen. Wir werden demnächst zu diesem neuen Schandstreich der Reformisten ausgiebig Stellung nehmen.

## Frau Hoffmann-Gwinner-Berlin aus der Partei ausgetreten

Die Berliner Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinner hat der Partei mitgeteilt, daß sie aus der KPD. persönlicher Angelegenheiten wegen ausgetreten. Aus demselben Grund hat sie auch ihr Stadtverordnetenmandat niedergelegt. In ihrem Brief an das ZK. der Partei weist sie ausdrücklich darauf hin, daß kein anderer Anlaß vorliegt, so daß die Kombination der SPD.-Presse, Frau Hoffmann-Gwinner sei wegen der Mal-Freigabe aus der KPD. ausgetreten, nur einen Bestandteil der üblichen Diskreditierungskampagne gegen die Kommunisten darstellt.

Hoffmann selbst wurde vor einigen Tagen wegen seines ungebührlichen Verhaltens gegenüber den Angriffen der sozialdemokratischen Spalter im Bundesvorstand des Arbeiter-Radio-Bundes gegen die Berliner oppositionelle Leitung dieser Organisation von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg aus der KPD. ausgeschlossen.

## Die Sekretärin des Prälaten

6) von Alben Daudistel (Nachdruck verboten)

Sie lernte tippen, sparte, verließ endlich die Universtität und das großstädtische Haus. Ely glaubte zu fühlen, daß sie den Roman-schriftsteller liebe. Sie war von ihrer Liebe zu ihm überzeugt. Aber — sie merkte nicht, daß ihre feilische Verbundenheit mit ihm in Grunde doch mehr aus ihren noch unbefriedigten Gefühlen der Liebe zu ihrer Eitelkeit entkamte. Durch ihren Geliebten wurde sie von hervorragenden Schriftstellern beachtet. Besondere Beachtung jedoch werden solchen Menschen, die an Gefälligkeit leiden, nie zuwider. Und so enthielt sich Ely, die Frau eines Romanschriftstellers zu werden, ohne aber daran zu denken, daß gerade ein junger Romanschriftsteller, so er nicht ein oberflächlicher Schmeichler sein will, nur qualvoll langsam zur Reife gelangt und zum Wohlstand gelangt. Ely erreichte, daß sie in einigen Jahren die Sekretärin eines ergaunten Herrten wurde, der einer fremden Gesellschaft als Direktor vorstand. Mit ihm machte sie viele geschäftliche Auslandsreisen. In dieser Stellung verblieb sie bis zu ihrer Verheiratung. Dann arbeitete sie durch Vermittlung des katholischen Arbeitsnachweises ausbittungsweise mal da, mal dort. Und es schien durch ihre andauernde Sparsamkeit und durch ihren Fleiß, mit dem sie durch all die vielen Jahre vorwärts-krehte, als könne keine Mühsal sie von der Seite ihres Mannes, der sie sehr liebte, abdrängen. Nach wohnte sie mit ihrem Mann in zwei möblierten Zimmern, in einem proletarischen Hause am Güterbahnhof, nicht allzu weit entfernt vom Landesparlament. Sie besaß bereits ein ansehnliches Sparguthaben und hatten eine neue Dreizimmerwohnung im Westen der Stadt in Aussicht, in die sie im kommenden Herbst einzuziehen konnten. Zusammen:

Als Madame Richmond nun nach der Fahrt in der Autobrosche in ihrer Wohnstadt ankam, sagte sie zu ihrem Mann: „Louis, ich habe Dir einen feinen Stoff mitgebracht!“

# Ramp um die Arbeitslosenunterstützung

Von E. Steffen, Berlin.

Die interfraktionellen Verhandlungen über die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung sind gescheitert. Die bürgerlichen Parteien unter Führung der Deutschen Volkspartei fordern eine gründliche Verschlechterung der Versicherungsbestimmungen, wie sie in der Unternehmensversicherung vom 1. Mai hergeleitet sind. Die Sozialdemokraten wollten solchen Anträgen nur zustimmen, wenn, wie der „Vorwärts“ meldet, in dieses „Gesetzprogramm“ die Beitragserhöhung und die Unterstüzung der Saisonarbeiter hineingearbeitet wird. Die schweidende Unklarheit, die durch das Scheitern der Verhandlung entstanden ist, soll dadurch behoben werden, daß die Anträge der verschiedenen Parteien im Reichstag direkt zur Entscheidung gestellt werden. Die deutschnationale Volkspartei hat die Aufgabe übernommen, durch einen eingehenden Antrag die Generallinie zu bestimmen, auf der sich die bürgerlichen Parteien zusammensuchen werden. Dieser Antrag fordert in Punkt 1 die

### Erhöhung der Karenzzeit

für die Lohnklasse I auf 8 Tage, dann steigend bis zur Lohnklasse 9 bis 11 auf 24 Tage. Für Saisonarbeiter sollen die dreifache Karenzzeit,

d. h. also in der Lohnklasse 9-11 = 72 Karenztage durchmachen, ehe sie eine Unterstüzung erhalten. Die Anwartschaftsbauer, die bisher 26 Wochen betrug und einen Anspruch auf 26 Wochen brachte, soll in Zukunft gestaffelt werden. Beim Nachweis einer 26wöchigen Beschäftigung soll die Unterstüzungsdauer 13 Wochen betragen, bei 34 Wochen 16 Wochen, bei 39 Wochen 19 und dann so weiter steigen, daß erst nach 52 wöchentlich Beschäftigung die Anwartschaft auf eine Unterstüzungsbauer von 26 Wochen erfüllt ist. Für Ehefrauen soll die Dauer der Anwartschaft in den ersten 39 Wochen betragen. Für die Berechnung der Unterstüzung soll nicht mehr wie bisher der Verdienst der letzten 13 Wochen, sondern das Einkommen der letzten 12 Monate maßgebend sein. Die Versicherungsfreiheit soll eingeführt werden für alle Personen, die Pensionen, Wartegeld, Jubiläumsgeld beziehen, das höher als die Unterstüzung der Lohnklasse IV, also 9,90 Mark pro Woche beträgt.

In diesem deutschnationalen Antrag ist ein Teil jener Wünsche enthalten, die die Unternehmerorganisationen aufstellen und die ihnen durch die Regierungserklärungen Hilferdings und Wiffens bereits

zusichert wurden. Der Öffentlichkeit wird ein Pressekampf vor-geschrieben, der sich zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Blättern abspielt. Die heftigsten Angriffe werden angestrebt, und jede Seite verichert, daß sie unbedingt auf ihrem Standpunkt beharren werde. Die Gewerkschaftsvorstände lassen große Druckschriften verbreiten, in denen dieselben Leute, die noch vor wenigen Monaten für die Sonderfürsorge stimmten, und die den Erlaß der Reichsanstalt bedien, ihre eigenen Bestände als soziales Unrecht brandmarken.

Die Sozialdemokratie versucht den Angriffen zu erwidern, als denke sie nicht ernsthaft daran, die Arbeitslosenunterstüzung zu verteidigen, denn in dieser Frage sind Millionen Proletarier interessiert. Auf allen Gebieten haben die SPD.-Mitglieder und die Sozialdemokratie vor den bürgerlichen den Rückzug angetreten. Aus diesem Grunde muß die SPD. jetzt so tun, als verteidige sie die Arbeitslosenunterstüzung, weil eine zu offene Preisgabe ihre eigenen Anhänger zu stark enttäuschen würde.

Die bürgerlichen wollen den Abbau und werden ihn durchsetzen, sie wollen, daß die Sozialdemokratie ihn vornimmt, um so die Möglichkeit zu haben, die von der SPD. betrogenen Massen für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen.

Es ist ganz gleichgültig, ob die sogenannte Reform auf dem Wege der vorhergehenden Vereinbarungen geschlossen wird, oder durch Abstimmung im Reichstag zur Entscheidung kommt. Die SPD. wird dann, sei es durch Stimmenthaltung oder sonstige parlamentarische Manöver ihre oppositionelle Haltung zu wahren versuchen und gleichzeitig den bürgerlichen die Möglichkeit geben, ihre Anträge durchzusetzen. Die Doppelrolle, die die SPD. schon früher bei der Krisenfürsorge, Invalidenversicherung, Kinderbeihilfe spielte, wird sie auch hier wiederholen. Um die Ministerstühle zu halten, wird die Unterstüzung von hunderttausenden Arbeitern preisgegeben, 400 Millionen Mark Unterstüzungsummen, die den Arbeitslosen, ihren Frauen und Kindern zuzuteil kommen sollen, werden ihnen, damit die SPD. Regierungspartei bleiben kann, entzogen werden.

Die Arbeiter haben alle Ursache, genau aufzupassen und dürfen sich nicht täuschen lassen. Die Politik der Sozialdemokratie ist die des konsequentesten Arbeitersozialismus, das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit bei dem gegenwärtigen Kampf um die Arbeitslosenunterstüzung.

# Drei Eisenbahnunglücke an einem Tage

## D-Zug Köln-Altona entgleist

Münster, 19. Juni. Mittwoch mittig gegen 14 Uhr entgleisten auf der Strecke Münster—Osnabrück die letzten fünf Personenwagen des D-Zuges D 93 Köln—Altona. Fünf Reisende wurden leicht verletzt, konnten aber nach Anlegung von Notverbänden ihre Fahrt in dem Vorbeifahrt des Zuges, der durch den Unfall eine Verspätung von 45 Minuten erlitt, fortsetzen. Die Strecke Osnabrück—Münster ist frei. Die Gegenstrecke Münster—Osnabrück ist für etwa 15 Stunden gesperrt. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht festgestellt.

## Drei Todesopfer eines Eisenbahnunglücks

Altona, 19. Juni. Im Bereich der Eisenbahndirektion Altona fuhr ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung auf ein totes Gleis. Die Maschine und acht Wagen entgleisten. Drei Beamte, die sich im Packwagen befanden, wurden getötet und zwei weitere schwer verletzt.

## Eisenbahnunglück in Ostfriesland

Acht Tote — 15 Verwundete

Al. Brüssel, 19. Juni. Infolge eines Erdrutschs entgleiste am Mittwochmorgen die Lokomotive eines Eisenbahnzuges bei Moorbeke in der Nähe von Grammont (Ostfriesland) und legte sich quer über die Schienen. Wenige Augenblicke später kam aus entgegen-gesetzter Richtung ein Zug, der Arbeiter aus Gent beförderte, und fuhr auf die Trümmer auf. Die Wirkung war entsetzlich. Mehrere Wagen wurden zerstört. Bisher konnten acht Tote und fünfzehn Verletzte geborgen werden.

## Ein Tunnel eingestürzt

15 Tote

Bagota, 19. Juni.

Beim Bau eines Eisenbahn-Tunnels in der Nähe von Bagota (Kolumbien) wurden infolge eines Einsturzes 15 Personen getötet und 15 verletzt. Unter den Toten befinden sich zwei italienische Ingenieure und zwei polnische Arbeiter, die buchstäblich enthaubt wurden.

Wieder zwei Tote bei einem Brande. Berlin, 20. Juni. In einer Malerwerkstatt im Nordosten Berlins entstand am Mittwoch-nachmittag durch angebliche Unvorsichtigkeit von Arbeitern Feuer, das auf die leicht brennbaren Stoffe in der Werkstatt übergriff. Ein junger Mann und ein junges Mädchen, die sich bemüht hatten, vor Entsetzen der Feuerwehre die Flammen zu löschen, hatten so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie nach dem Krankenhause gebracht werden mußten. Hier erlagen beide nach ihrer Einlieferung den er-littenen Brandverletzungen.

Er antwortete ihr, indem er sagte: „Wenn ich weiß, daß Du nachts zu Hause bist, kann ich allein im Zimmer sein und arbeiten; aber wenn die Nacht sich ins Zimmer schleicht, und Du noch nicht bei mir bist, kann ich nicht arbeiten, bloß warten, warten! So ein Warten ist grauam.“

Sie erwiderte: „Ich bin heute sogar mindestens eine halbe Stunde eher nach Hause gekommen.“ Sie nahmen Platz am Tisch. Er goß ihr Tee ein und fragte: „Hat Dich denn der Pfaffe so lange beschäftigt?“

Sie nickte und begann, ihrem Mann all das zu berichten, was sie im Landesparlament erlebte... Ihr Mann horchte auf. Auch sie trat schweigend ihren Tee.

Und plötzlich schrie in dieser Stille das Telefon. Sofort platze sie mit den Worten heraus: „Louis, wenn es der Prälat ist, der da anruft, so sage ihm, ich sei noch nicht zu Hause.“

Ihr Mann ging ans Telefon und erwiderte schließlich in den Apparat: „Nein, Herr Doktor Renard, meine Frau ist noch nicht zu Hause.“ Er legte den Hörer ab, nahm Platz neben seiner Frau und — es wurde wieder ganz stille in dem Zimmer: ihr Mann schaute erst verzweifelt vor sich hin; auch sie dachte über ihre ersten Erlebnisse im Landesparlament nach. So verging fast eine Stunde.

Und da ihre Seele auf einmal von dem Schweigen, das in dem Zimmer herrschte, bedrückt wurde, beschloß sie sie: „Ehau, Louis, ich bin doch so lustig.“

Und gerade als er ihr flüsternd geantwortet hatte: „Selbst froh, Ely,“ da schrie wieder das Telefon. Madame Richmond sprach, da sie merkte, daß ihrem Mann ihre Erlebnisse im Landesparlament nicht behagten, aufmunternd auf ihn ein: „Louis, Louis, sage dem Prälaten nun einfach, ich hätte Dir gerade telefonisch mitgeteilt, daß ich erst in zwei oder in drei Stunden nach Hause käme!“

Als ihr Mann in den Apparat fragte, mit wem er denn spreche, erhielt er die Antwort: „Mit Vater Rodolphe.“

fragte, ob er später noch mal anrufen dürfe, ... fragte, ob er später noch mal anrufen dürfe, antwortete Herr Richmond: „Bitte, rufen Sie bei Dr. Renard an; ich gehe jetzt zu Bett!“ Er legte den Hörer ab. Und da triumphierte seine Frau: „Louis, Louis, es war nicht der Vater, der eben ankam, ausgeglüht, ausgeglüht! Es war der Prälat, der selbst so; der schaltete nun vor Eifer such; der glaubt nun, ich sei mit dem Innenminister oder mit dem General oder mit einem der anderen Referenten in der Autobrosche weggefahren!“ Sie lachte: „Louis, nun hast Du Stoff für eine herrliche Komödie!“

Ihr Mann aber sagte, indem er bescheiden nickte: „Ely, provokiere diesen mächtigen Prälaten nicht! Aus diesem Stoff könnte auch ein Drama werden!“

Als sie am folgenden Vormittag das von der Frühlingssonne erhellte Büro des Prälaten betrat, sah der Prälat bereits an seinem Platz, schon zusammengebuckelt und eingehüllt in seinen Paletot, dessen Kragen er hochgeschlagen hatte.

Madame Richmond war zwar wegen seiner unbedachten nächtlichen Telephoniererei ärgerlich gegen ihn gestimmt worden, da die Achtung, die ihr Mann an sie gerichtet hatte, so unheimlich in ihrem Gemüt wohnte. Dennoch aber verstärkte sich das Mitleid, das sie für den Einsamen hegte, erst recht, als sie ihn noch so erbärmlich da hocken sah. Sie sagte zu ihm: „Wel soch herrlichem Wetter sitzen Sie schon hier, es ist doch erst ein Viertel nach neun.“

Er schaute nicht zu ihr hin, er nickte traurig und verschämt.

Sie sagte sich: „Mein Gott, wie kann ein Mann wie er, der sonst kühn handelt, nichts Bloß so dumm sein?“

Als sie ihre Garderobe abgelegt hatte und an seinem Schreibtisch ein Palet, das sie mitbrachte, aufhoben begann, erklärte sie: „Ich habe den schönen Morgen schon genossen; ich machte einen Umweg... dann ging ich durch den Park!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Arthur Domagala, für „Bericht und Bericht“ und „Wahlbericht“ Wilhelm Bielowitz, für „Berlin“, „Welt“ und die übrigen Blätter Alfred Komars, sämtlich in Breslau. — Für den gesellsch. Teil Gerhard Schulz, Gießen. — Für „Justiz“ Dr. Helm, Berlin.

# Das Ende des Falles Hoelz

## Das Reichsgericht lehnt, entgegen dem Botum des Oberreichsanwaltes die Zulassung des Wiederaufnahmeantrages ab

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat, wie wir kurz berichtet haben, beschlossen, den am 3. Februar 1928 für Max Hoelz eingereichten Wiederaufnahmeantrag nicht zuzulassen.

Hiermit findet ein Rechtskampf, dessen dramatischer Verlauf die Öffentlichkeit mit Spannung verfolgte, einen Abschluß, den wohl niemand erwartet hat.

Bekanntlich wurde Hoelz durch ein Sondergericht am 22. Juni 1921 wegen seiner leitenden Tätigkeit im mitteldeutschen Aufstand zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte wegen der Ermordung des Hef-Verbreiters Hoelz, des Sprengstoffverbreiters und Brandstiftung. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand aber die ursprünglich gar nicht erhobene Beschuldigung, den Gutbesitzer Hef bei dem Eindringen eines revolutionären Paares in sein Rittergut Reichshagen bei Halle erschossen zu haben. Der Fall Hef sollte der Nagel für den Sarg des Hoelz werden. Behauptete doch der Reichsanwalt in der Anklageschrift, daß es sich im Falle Hef um einen heimtückischen Mord handelte.

Auf Grund einer jahrelangen, mühevollen Arbeit gelang es der Verteidigung, festzustellen, daß die Schüsse auf den Gutbesitzer Hef, die das Urteil Hoelz zur Last gelegt hat, von dem Bergarbeiter Erich Friehe abgegeben worden sind. Der Hauptbelastungszeuge Hebe überließ seine Aussagen, und wohl selten ist in einem Wiederaufnahmeverfahren die mangelnde Stichhaltigkeit einer Zeugnisaussage so einwandfrei nachgewiesen worden, wie dies der Verteidigung in bezug auf die zweite Hauptbelastungszeugin, die Witwe des Erschossenen gelang, die übrigens selbst schon früher bekannt hatte, Zwiesel an diese Aussage im Sondergerichtsprozeß bekommen zu haben.

Erst nach monatelangem erbittertem Kampf gelang es der Verteidigung, die Einleitung der Voruntersuchung gegen Friehe zu erreichen, in der es dann wiederum auffallend lange dauerte, bis Friehe überhaupt vernommen wurde. In dieser Voruntersuchung wurde das von der Verteidigung gesammelte Material in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Friehe gestand den Totschlag ein. Niemand zweifelte daran, daß Friehe unter Anklage gestellt werden würde, wohl am wenigsten der Hallenser Untersuchungsrichter. Nach weiterem, monatelangem Hören wurde plötzlich der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß das Verfahren gegen Friehe eingestellt worden sei. Ernst Zoller erhob gegen die in dieser Entscheidung mitwirkende Instanz den Vorwurf der Rechtsbeugung. Nichts wurde gegen ihn unternommen.

Die Verteidigung richtete nun einen Wiederaufnahmeantrag an das in diesem Falle allein zuständige Reichsgericht. Es handelte sich um eine fast hundert Seiten umfassende Druckschrift, deren Tatsachenmaterial so zwingend war, daß der Oberreichsanwalt (ein seltener Fall) sich dem Antrag der Verteidigung angeschlossen, und die Zulassung der Wiederaufnahme forderte, indem er den Widerruf seines und das schwankende Verhalten der Frau Hef als durchschlagend betrachtete.

Auch das Reichsgericht selbst mußte den Antrag ursprünglich als begründet betrachten; denn andernfalls wäre es unbegreiflich, weshalb es am 16. Juni 1928 die Strafvollstreckung unterbrach. Diese Unterbrechung erfolgte auf Grund des Wiederaufnahmeverfahrens enthaltenen Begehrens der Verteidigung und nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, infolge der Amnestie. Diese hatte lediglich die Strafe in eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe umgewandelt, die noch nicht verbüßt war. Nunmehr aber hat der vierte Strafsenat geglaubt, den Antrag überhaupt nicht zulassen zu brauchen.

Die Zurückweisung wird folgendermaßen konstruiert: Hoelz sei ja nicht nur wegen der Tötung des Hef verurteilt worden, sondern, wie die Juristen sagen, in sogenannter Idealkonkurrenz mit Hochverrat usw. Da für Hochverrat eine härtere Strafe im Gesetz vor-

gesehen sei als für Totschlag, und da angefaßt Hoelz Verhalten für seinen Hochverrat nur eine lebenslängliche Zuchthausstrafe in Frage komme, könne ein Wiederaufnahmeantrag nicht zugelassen werden, der sich lediglich auf die Befreiung des geringeren Deliktes, des Totschlages, beschränke. Damit desabundiert der vierte Strafsenat nicht nur die Haftunterbrechungsentscheidung des Reichsgerichts, sondern insbesondere sich selbst. Denn er hat im Jahre 1928, als er allerdings noch Staatsgerichtshof der Republik Hef Hoelz auf seinen ersten, erfolglosen Antrag in seinem Ablehnungsbeschlusse ganz unabweislich wissen lassen, daß es zulässig sei, den Wiederaufnahmeantrag lediglich auf den Fall Hef zu beschränken. Im Vertrauen hierauf wurde der Antrag auf den Fall Hef begrenzt, da es ja geradezu unsinnig gewesen wäre, eine Wiederaufnahme in bezug auf die anderen Tatbestände zu verlangen, da diese ja unter den verschiedensten, inzwischen ergangenen Amnestien fielen. Vorwärts halber wurde aber der Antrag nicht auf die zahlreichen Fallstriche enthaltenden Bestimmungen der Strafprozessordnung gestützt, sondern auf eine Spezialverordnung des Reichspräsidenten vom 19. März 1923, die die Wiederaufnahme gegen Sondergerichtsurteile aus erklärlichen Gründen gestattete. Wenn es „notwendig“ erschien, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen.“ Diese Notwendigkeit hat das Reichsgericht jetzt nicht anerkannt, obgleich der Reichsanwalt in einem eingegebenen begründeten Botum zu dem Antrag der Verteidigung ausgeführt hatte, daß der Zulassung desselben „weder die grammatikalische noch die juristische, logische oder die Auslegung nach dem Zweck im Recht hindernd im Wege stehe.“ Hoelz hat gegen den Beschluß kein Rechtsmittel, wie ihm auch kein solches gegen das Sondergerichtsurteil zur Verfügung stand.

Der Fall Hoelz zeigt klar das Gesicht der Klassenjustiz, die mit allen Mitteln das Wiederaufnahmeverfahren verhindert hat, weil sie wußte, daß hier an einem Schulbeispiel gezeigt werden sollte, daß die deutsche Klassenjustiz in Zeiten des ausgeprägten revolutionären Klassenkampfes zur ausgesprochenen Mache- und Zweckjustiz wird. Ein Teil der bürgerlichen Presse kritisiert zurzeit mit Recht den Fall Jakubowski. Sie behandelt ihn aber nicht grundfänglich, sondern als einen Ausnahmefall. Im Fall Jakubowski wurde durch die Willkür der Justizbürokratie ein nicht politisch tätiger Proletarier amtlich ermordet. Im Fall Hoelz aber ging es nicht um die Person des Hoelz. In ihm sollte der Vorkämpfer für das revolutionäre Proletariat getroffen werden.

Hoelz, dessen unerlöschende revolutionäre Kühnheit bei den Kämpfen 1919, 1920 und 1921 ihm die Bewunderung aller Klassenbewußten Proletarier eingetragen hatte, der zum Bürgerrecht geworden war, sollte infamiert und zum gemeinen Meuchelmörder gestempelt werden. Die SPD-Presse sorgte durch jahrelange Heße für die Unterstützung dieser Infamierung.

Der Fall Hoelz-Hef ist für die deutsche Klassenjustiz erliebigt, nicht aber für das deutsche Proletariat. Im letzten Jahre haben in allen Teilen des Reiches überfüllte Massenunterjungen stattgefunden, in denen der Hochverräter Max Hoelz unter jubelnder Zustimmung zu den Arbeitern sprach.

Am Freitag kommt Hoelz nach Breslau, und wird hier jamie in Waldenburg und Langenbielau sprechen. Die schlesischen Arbeiter werden die Hoelz-Versammlungen zu wichtigen Massentungebungen gegen die Mache- und Zweckjustiz, gegen den Sozialfaschismus und für den Willen zur revolutionären Tat und zur Diktatur des Proletariats, wie er durch den Revolutionär Max Hoelz am besten verkörpert, gestalten.

Im letzten Zeit wiederholt versucht wurde, bei führenden kommunistischen Funktionären in der Wohnung Sprengstoffkisten usw. unterzubringen. Dieses Verbot der Polizeiprovolanteure steht im engsten Zusammenhang mit den Verbotsplänen und dem Terrorfeldzug gegen revolutionäre Organisationen. Um sich von der allzu durchsichtigen Polizeilage abzugrenzen, aber gleichzeitig die Polizei in Schutz zu nehmen, schreibt die Berliner „Volkszeitung“:

„Die Möglichkeit, daß der ständige Sprengstoffsmuggler ein Lockpfeil ist, der sich in die SPD einschließen hat, um dort sein schändliches Handwerk betreiben zu können, scheint die hannoversche Polizei übersehen zu haben.“

### Zollwucher-Regierung an der Arbeit Schweden soll ebenfalls Getreidezölle erhöhen

Die Reichsregierung hatte in den letzten Tagen eine Besprechung, in der die Neuaufgabe des landwirtschaftlichen „Notprogramms“ und die Vorlage des Ernährungsministers Dietrich über Erhöhung der Getreidezölle auf der Tagesordnung standen.

Alle „Herren“ sind sich darüber einig, daß das von den Junkern Brandes, Schiele, Fehr und Hermes eingeleitete Sanierungsprogramm nur durchgeführt werden kann auf Kosten der breiten Konsumentenmassen durch Erhöhung der Zölle. Aus diesem Grunde erweisen sich nach Meinung der Reichsregierung die gegenwärtigen Getreidezölle, 5 Mark für Roggen und 6,50 Mark für Weizen pro Doppelzentner, als zu niedrig. Während der Verhandlungen hat die Reichsregierung noch ein Haar in der Suppe gefunden, das im Interesse des Zollwuchers beseitigt werden muß. Damit nicht etwa das Auslandsgetreide, das nach Deutschland auf Grund von Handelsverträgen eingeführt wird, billiger ist wie das Getreide deutscher Herkunft, soll auf die anderen Staaten eingewirkt werden, daß diese ebenfalls die Getreidezölle erhöhen. Man dachte dabei in erster Linie an den Handelsvertrag mit Schweden. Der Staatssekretär Heule wurde beauftragt, nach Stockholm zu reisen und mit der dortigen Regierung über die Zollerhöhung in Schweden zu verhandeln. Der Reichsernährungsminister Dietrich führte dazu folgendes aus:

„Die jetzt bestehenden Zwischenzölle für Brotgetreide könnten auf einen Beschluß des Reichstages sofort fallen gelassen werden, aber dann würden die Zollsätze gelten, die im Handelsvertrag mit Schweden festgelegt worden sind, nämlich 6 Mark für Roggen und 6,50 Mark für Weizen pro Doppelzentner.“

Die Müller-Regierung will aber mehr verdienen, um den Großagrariern in jeder Beziehung den Schaden stoßen zu können. Sie braucht infolgedessen eine Erhöhung des Getreidezolles auf 7 Mark für Roggen und 7,50 Mark für Weizen. Um dieses Geschäft reibungslos durchzuführen zu können, soll die Schwedenregierung bewegt werden, die Getreidezölle zu erhöhen.

Ein solches Geschäft betreiben die internationalen Sozialdemokraten Müller, Severing, Hilferding und der gesamte sozialfaschistische Führerkriegel. Sie führen nicht nur die Anträge der deutschen Bank-, Industrie- und Agrarkapitalisten durch, sie veranlassen auch noch andere kapitalistische Regierungen, das Junkerelgeß dadurch zu unterstützen, daß den Arbeitern in anderen Ländern die Brotrotation ebenfalls geschmälert wird. Diese sauberen Pläne kann die Arbeiterkraft durchkreuzen, wenn sie diese Zollwucher-Regierung baldigst hinwegjagt. Nur durch den Massenwillen unter Führung der Kommunisten kann den nationalen und internationalen Zollspekulanten das Handwerk gelegt werden.

### Von der Front des Faschismus in Deutschland Jungdo und Reichsbanner

In dieser Woche hat eine Tagung des Jungdeutschen Ordens, hinter dem bekanntlich der Kallindustrielle Kechberg steht, in Dortmund stattgefunden. Mit Stolz stellt die demokratisch-republikanische Presse fest, daß zum ersten Male bei einer Jungdo-Tagung die Fahne der Republik gezeigt worden sei. Ein weiteres beachtenswertes Zeichen ist die Anwesenheit der demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch-Weser, Ernst Lemmer und Gustav Schneider, die, wie es heißt, unter starkem Beifall auf dieser Tagung der Jungdeutschen gesprochen haben sollen. Das Auftreten dieser Parlamentarier, die sämtlich Mitglieder des Reichsbanners sind oder zumindest dem Reichsbanner politisch sehr nahe stehen, beweist, daß die schon seit geraumer Zeit diskutierte Vereinigung dieser beiden Organisationen in greifbare Nähe gerückt ist.

Die politische Schwertung, die das Reichsbanner nunmehr offen durchführt, bedeutet eine Eingliederung in die Front des Faschismus, dem ja, wie das K.F.D.-Verbot schlagend beweist, von Seiten der sozialfaschistischen Polizeiminister durch alle nur denkbare Unterstützung der Weg geebnet werden soll. Die in aller Verschwiegenheit zwischen Göring, dem Führer des Reichsbanners, und Raubraun, dem Führer des Jungdeutschen Ordens, geführten Verhandlungen über die Vereinigung dieser Organisationen finden so auf der Tagung der Jungdeutschen in Dortmund ihre Bestätigung. Ein weiteres Glied der faschistischen Front formiert sich hier zum Kampfe gegen die werktätigen Massen Deutschlands. Es ist die höchste Zeit, daß die Proletarier des Reichsbanners erkennen, wohin der Weg Görings geht.

### Hast Du Dich schon zum Volksentscheid im Freidenkerverband eingetragen?

Jedes Mitglied des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbekämpfung erfüllt seine Pflicht als Klassenbewußter Freidenker und zeichne sich ein auf den Listen der Opposition zum Kampf gegen die sozialdemokratischen Kontraktspolitiker und Verbandsräuber, zum Kampf gegen die zuzammengeschobene Frankfurter Generalversammlung, zur Wiederherstellung der proletarischen Demokratie, der Rechte der Mitglieder und der Beitragsermäßigung.

Ortsgruppen, die noch keine Unterschriftenlisten haben, müssen die Listen sofort anfordern vom Arbeitsausschuß der Freidenker-Opposition im Auftrag D. Kühn, Berlin N., Kolonnenstraße 75.

## Enthüllungen eines Delegierten vom Magdeburger Parteitag „Zusammengeschobene Koalitionsmehrheit“

Am vergangenen Freitag fand im Gewerkschaftshause in Essen die Berichterstattung über den Magdeburger Parteitag vor den sozialdemokratischen Mitgliedern statt. Das Essener SPD-Organ, die „Volksmacht“, berichtet über den Verlauf dieser Versammlung in gedrängter Stimmung und behauptet, „der Ausklang der Versammlung konnte in jeder Weise zufriedenstellen“, der Berichterstatter habe sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise entledigt. Während aber die sozialdemokratische „Volksmacht“ die Ausführungen des Berichterstatters, des Delegierten Boutta, nicht einmal andeutungsweise wiedergibt, ist unser Bruderorgan, das „Ruhredo“, in der Lage, darüber folgendes zu berichten:

Der Referent Boutta brachte u. a. folgende Anklagen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand vor: Der Parteitag hätte die Koalition gemißbilligt, wenn nicht die Mehrheit der Delegierten, ohne von den Mitgliedern gewählt worden zu sein, vom Parteivorstand bestimmt worden wäre. Unter der Koalitionsregierung ist noch weniger für die Arbeiter herausgekommen als unter der Bürgerblockregierung Keubells. Wegen der Koalition sind die sozialdemokratischen Minister gezwungen worden, auf alle Arbeiterforderungen zu verzichten. Der Referent forderte nach besonderer Behandlung der Kontraktats- und Wehrfrage die Aufgabe der Koalition.

Etwa acht Diskussionsredner sprachen sich sämtlich im Sinne des Berichterstatters aus. Nur der Vorsitzende Knipping, als Versammlungsleiter, sprach für Beibehaltung der Koalition.

Es wurde eine Resolution eingebracht, in der die Koalitions-, Kontraktats- und Panzerkreuzerpolitik mißbilligt wird und in der schärfstes Mißtrauen gegen die Ministergenossen, die gegen die sozialistischen Grundzüge verstießen, ausgesprochen wird.

Die Versammlungsleitung versuchte, die Abstimmung über diese Entscheidung zu verhindern. Dabei entschloßte dem Vorsitzenden Knipping das Geständnis: „Koalition ist Kuhhandel.“ Als der Antragsteller auf Abstimmung beharrte, meinte Knipping, aus tatsächlichen Gründen, um den Kommunisten kein Wasser auf die Mühle zu lassen,

möge die Versammlung die Resolution ablehnen. So wurde erreicht, daß nur 40 Prozent der Anwesenden für und eine knappe Mehrheit gegen diese Resolution stimmte.

### Sprengstofflügenhebe gegen die „Rote Hilfe“

Der „Abendvorkwärts“ bringt einen aus Hannover datierten „Eigenbericht“, wonach die Polizei festgestellt habe, daß das Sprengstoffattentat bei der Roten Hilfe in Hannover ein eingeschriebenes Mitglied der K.F.D. verübt hätte. Natürlich konnte die Polizei den vermeintlichen Täter nicht ermitteln, weil derselbe flüchtig sei. Dann wird dieselbe Meldung als amtliche Meldung des hannoverschen Polizeipräsidiums mitgeteilt und behauptet, daß die K.F.D. in direktem Zusammenhang mit dem Attentat stehe. Es soll festgestellt worden sein, daß die in der Roten Hilfe gefundenen Sprengstoffe aus dem Steinbruch der hannoverschen Kalk- und Mergelwerke in Springe stammen und daß dort im vorigen Jahre ein Einbruch verübt und Sprengstoff gestohlen worden sei, daß der Urheber, der die Kiste in der Gastwirtschaft untergestellt hatte, der kommunistischen Partei als Mitglied angehört.

Diese irrsinnige Mitteilung der hannoverschen Polizei riecht auf hundert Kilometer Entfernung nach Lüge. Nachdem der Attentatsplan gegen die Rote Hilfe eine weit über die Rote Hilfe und K.F.D.-Kreise hinausgehende Empörung ausgelöst hat und die Polizeiprovolationen des hannoverschen Polizeipräsidiums in eine so schlimme Lage brachten, greift man jetzt nach der Methode „Halte den Dieb“ zu dem blöden und durchsichtigen Manöver, die K.F.D. des Attentats zu bezichtigen. Kein Arbeiter wird auf dieses Märchen hereinfallen. Wir weisen auch in diesem Zusammenhang nach, daß in der

# Vor den Wahlen zur Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse

Jeder Eisenbahner muß sich über die Bedeutung der Wahlen zur Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse klar sein. Wer in den letzten Monaten die Bestrebungen des Kapitals verfolgt hat, die dahin gehen, die Sozialversicherung abzubauen, angeblich, weil die deutsche Wirtschaft die Belastung nicht mehr tragen kann, muß diese Wichtigkeit ohne weiteres einsehen. In diesem Vorgehen, die Sozialversicherung abzubauen, marschiert die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an der Spitze. So sehen wir in der Pensionkasse (A.P.K., Abteilung B) die Tendenz, zum Nachteil der Versicherten die

Beiträge zu erhöhen und die Leistungen abzubauen. Um nun das Wesen und die Entwicklung der Kasse A.P.K., Abteilung B richtig zu verstehen, ist es notwendig, weiter zurückzugreifen. Wir wollen versuchen, in kurzer gedrängter Form die Entwicklung der Kasse aufzuzeigen.

In der Vorkriegszeit waren die Beiträge, gemessen an den Leistungen, so hoch, daß die Renten der Invalidisierten noch nicht einmal die Zinsen des durch die Beiträge angesammelten Kapitals aufbrachten. Krieg und Inflation, sowie die Auswirkungen des Dawesplans änderten das Bild. Dadurch, daß im Jahre 1916 die Kriegsanleihe als mündelischer erklärt wurde, hat der damalige Vorstand der Kasse zu jeder ausgelegten Kriegsanleihe riesige Summen gezeichnet. Wie weit die Mündelbarkeit ging, haben wir in der Inflation durch die Entwertung gesehen. Es ging hier wie überall: Das Vermögen der Kasse war futsch, der Staat hatte den Vorteil und die alten Kassemitglieder, welche ihre Beiträge in stabilen Werten gezahlt hatten, waren die Betroffenen.

Während vor dem Kriege die Zinsrente der Altrentner zur Invalidenrente pro Jahr 90—225 Mark betrug, belaufen sich die jetzigen Renten der Altrentner auf 270—600 Mark.

Man hat nun drei Arten von Rentnern geschaffen: erstens die Gruppe der oben angeführten Altrentner, das ist die Gruppe der seit dem 1. August 1922 Invaliden (Übergangsrenten), zweitens die Gruppe der vom 1. August 1922 bis 31. März 1925 Invaliden gewordenen und drittens diejenigen, die ab 1. Januar 1926 invalidisiert wurden nach den Rentenätzen der neuen Satzungen vom 1. Januar 1926. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der unbedingt abgeändert werden muß. Es kann nicht angehen, daß man die Ärmsten der Armen darben läßt.

Durch den Personalabbau, der von Seiten der Hauptverwaltung rücksichtslos vorgenommen wurde, ist der aktive Mitgliederbestand, der Ende 1921 541 510 betrug, bis Ende 1925 auf 235 586 Mitglieder gesunken, also um 22,63 Prozent. Dagegen ist die Rentenkasse im gleichen Zeitraum außergewöhnlich gestiegen. Gegenüber den Summen von 1914 um 113,19 Prozent. Die Kasse ist zurzeit auf dem Umlagebetrieb aufgebaut, das heißt, die Beiträge werden so bemessen, daß Rentenlast, Zinsverfahren und Verwaltungskosten gedeckt

sind. Jetzt soll wieder die Umstellung auf Kapitalbedingungsverfahren vorgenommen werden. Mit dieser Maßnahme wird eine ungeheure Beitragserhöhung verbunden. Bei der Abstimmung über das Eisenbahner-Finanzgesetz im Reichstag im Jahre 1924 stellte die A.P.K. den Antrag, daß das Reich der A.P.K. die Summe überweisen muß, um die die Kasse durch die Inflation geschädigt wurde. Gegen diesen richtigen Antrag stimmten die Sozialdemokraten in trauriger Gemeinschaft mit den Bürgerlichen. Dieser neuen Umstellung der Kasse müssen die Versicherten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Es darf nicht zugelassen werden, daß oberwärts große Kapitalisten auf Kosten der Mitglieder angehäuft werden, um Mittel zu schaffen für einen neuen Krieg, der dann wiederum auf Kosten des Proletariats geführt wird.

Die Hauptverwaltung hat eine versicherungstechnische Unter-

suchung über die Entwertung der Ausgaben der A.P.K., Abteilung B ausarbeiten lassen. Dieses mathematische Gutachten, das allein in seinem ersten Teil 19 Schreibmaschinenseiten umfaßt, soll den Beweis liefern, um mindestens eine Beitragserhöhung in der kommenden Hauptversammlung, die im Dezember stattfinden wird, zu begründen.

In den Hauptversammlungen wird es liegen, solche Delegierten zur Hauptversammlung zu wählen, die den Versicherten das Konzept verderben. Die revolutionäre Opposition steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Nutznießer der Inflation und des Personalabbaus, also Reich und Hauptverwaltung, die Mittel der Kasse zur Verfügung stellen müssen, die erforderlich sind, um den Alt- und Übergangsrentnern das an Rente zu zahlen, was ihnen nach den damaligen Satzungen von 1914 zusteht.

Aber was geschieht? Der sozialdemokratische Finanzminister Osterling hat 50 Millionen aus den Zolleinnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose streichen lassen. Und so wurde auch die Pensionkasse um 500 000—800 000 Mark geschädigt, die bisher die A.P.K. erhalten hat.

Die Antwort der Eisenbahner kann und wird am Wahltag (am 24. Juni) nur sein:

Wir wählen „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner)!

## Eisenbahner, wählt rot!

Zur Wahl der Vertreter zum Ausschuss der Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse hat die revolutionäre Opposition im Direktionsbezirk Breslau folgende Vorschlagsliste eingereicht:

**Kenntwort: Revolutionäre Opposition  
(Einheitsliste der Eisenbahner)**

**Vorschlagsliste (Bezirksliste) als Vertreter zum Ausschuss der Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse I in Berlin (Bezirk Breslau) werden vorgeschlagen:**

1. Wolla, Franz, Güterboden-Arbeiter, Güterabfertigung Breslau West, Breslau,
2. Thiel, Max, Sattler, Werkstättenamt Lauban, Lauban,
3. E. Ols, Paul, Arbeiter, Güterabfertigung Breslau West, Breslau,
4. Danisch, Fritz, Gepädträger, Gepädabfertigung Breslau, Freiburger Bahnhof, Breslau,
5. Scholz, Paul, Vorhölzer, Pol.-Ausb.-Wert Dels, Leuchten,
6. Daniel, Adolf, Maschinenpuher, Bahn-Ww. Breslau, Breslau,
7. Söhl, Max, Magazin-Arbeiter, Oberbau- und Baustofflager, Breslau,
8. Görl, Emil, Schlosser, V.-B. Freiburger Bahnhof, Breslau,
9. Dehni, Erich, Güterboden-Arbeiter, Güterabfertigung Breslau West, Breslau.

Kaum war die Liste der revolutionären Opposition eingereicht, schon erhielten die Kandidaten von den Bürokraten des Einheitsverbandes folgendes Schreiben:

„Berler Kollege! In der Anlage zum Amtsblatt II Nr. 84 vom 12. d. M. erschien die Bekanntmachung der Vorschlagsliste für die Wahl der Vertreter zum Ausschuss der Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse I. Dabei mühen wir feststellen, daß Du entgegen den Beschlüssen des Verbandstages unserer Organisation auf einer Sonderliste (Bezirksliste) „Kenntwort: Revolutionäre Opposition (Einheitsliste der Eisenbahner) zur Wahl der Vertreter zum Ausschuss der Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse I kandidierst.“

Wir ersuchen Dich, innerhalb drei Tagen der Ortsverwaltung mitzuteilen, ob Du gewillt bist, die Stellung Deiner Kandidatur auf dieser Liste beim Bezirkswahlvorstand, Vorsitzender Reichsbahn-Amtmann Bach, Breslau, Gartenstraße 108, zu beantragen.

Solltest Du nicht gewillt sein, diesen Antrag zu stellen, so ersuchen wir Dich, unverzüglich Dein Mitgliedsbuch der Ortsverwaltung einzuliefern, da Deine Kandidatur auf einer Sonderliste gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstößt und den Ausschluß aus der Organisation zur Folge hat.“

Mit diesem Schreckschuß versucht die Bürokratie den oppositionellen Kollegen Angst einzujagen. Doch diese Kollegen lassen sich nicht einschüchtern. Im Interesse der Gesamtkollegenenschaft werden sie selbstverständlich ihre Kandidatur aufrechterhalten.

Eisenbahner, wählt nur die Liste der Opposition, denn sie ist eure Führerin im Kampf! Keine Stimme den reformistischen Kandidaten! Die Reformisten stehen im Lager der Kapitalisten, im Lager der Reichsbahnverwaltung! Jede Stimme der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

## „Die A.P.D. ist die einzige Arbeiterpartei“

**Oppelner Eisenbahner protestieren gegen die Spaltungsabsichten der Gewerkschaftsbürokraten**

Am Sonntag tagte in Oppeln eine sehr gutbesuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Als Tagesordnung war die von der Bezirksleitung auf einmal so notwendig erachtete Befragung der Ortsgruppe Oppeln mit einem Angehehlten vorgesehen. Der Bezirksleiter Blättermann, welcher zu dieser Versammlung eingeladen war, zog es vor, unter wichtigen Ausflüchten zu bleiben, trotzdem ihm eine Ansprache mit den Kollegen seinen Gesundheitszustand um 100 Prozent gebessert hätte. Kollege Chwalczki schilderte dann, wie in letzter Zeit vom Bezirksleiter Blättermann alles versucht wurde, die Ortsverwaltung Oppeln, hauptsächlich den Kollegen Chwalczki in Mißkredit zu bringen. Bei der Angehehltenfrage sprachen noch mehrere Kollegen. Von allen Rednern wurde es

abgelehnt, sich einen reformistischen Angehehlten auf die Nase legen zu lassen.

tunmal die Ortsverwaltung sich in guten Händen befindet. Ein Beweis dafür ist, daß dieselbe mehrere Jahre hintereinander von der Mitgliedschaft einseitig immer wieder gewählt wurde. Auch der anwesende Reformist Fuchs glaubte seine Beisitzigkeit hören lassen zu müssen. Besonders Gelächter erntete er, als er mit salbungsvoller Stimme sagte:

„Kollegen, es ist zwar sehr bitter, daß man Euch das sagen muß: Aber Ihr seid noch sehr dümm und werdet es eines Tages bereuen.“

Als Kollege, daß Ihr's wißt, laßt Euch von dem Geist des Fuchs beherrschen und Ihr werdet zusehen an Weisheit. Daß der Kollege Fuchs nur amnestisch war, um zu provozieren, ersah man aus seinem Zwischenruf, welchen er einem Kollegen machte: „Bei dir sind sie wohl eingeschoben!“ Hätte er den Zwischenruf genügend laut gemacht, dann hätte er wahrscheinlich bekommen, was er so sehr wünschte. Kollege F. brachte eine Entschuldigende zur Verlesung, welche er den Mitgliedern zur Annahme empfahl.

Die Entscheidung lautet: Die heut am Sonntag, den 16. Juni 1929 tagende Mitgliederversammlung nimmt Stellung zu den Angriffen des Bezirksleiters Kollegen Blättermann gegen den Vorsitzenden ihrer Ortsgruppe, den Kollegen Chwalczki.

Die Mitgliederversammlung erklärt, daß die Mitgliedschaft Oppeln des Einheitsverbandes, den Beschluß, daß der Kollege Piontel keine Kandidatur von der Pensionkassen-Vorschlagsliste zurückzuziehen hat, aus voller Überzeugung im Interesse der freien Gewerkschaftsbewegung gefaßt hat. Sie erklärt, daß der Beschluß nicht auf eine unobjektive Berichterstattung des Kollegen Chwalczki, wie sie vom Kollegen Blättermann Chwalczki in die Schube geschoben wird, zurückzuführen ist. Auch nach der angeblich von Blättermann im Schreiben geschilderten objektiven Darstellung kann die Mitgliedschaft Oppeln ihren Beschluß nicht revidieren.

Alle anderen im Schreiben angeführten Angriffe gegen den Kollegen Chwalczki sind ebenfalls haltlos und weist die Mitgliederversammlung ganz energisch zurück. Mit Empörung nimmt die Mitgliederversammlung davon Kenntnis, daß der Bezirksleiter Blättermann ohne die Mitgliedschaft zu befragen, vom Hauptvorstand die Einsetzung eines angeblich tüchtigen zielbewussten Ortsangehehlten nach Oppeln verlangt. Dieser Antrag verstößt gegen den § 28

Ziffer 3 der Verbandsatzung. Ausdrücklich stellt die Mitgliederversammlung fest, daß sie einen Ortsangestellten nicht wünscht. Sie hat noch aus der Ära Kühn, welcher ebenfalls ein „tüchtiger, zielbewusster“ Ortsangestellter war, die Nase voll. Wenn sich die Anstellung eines Ortsbeamten als notwendig erweist, dann

bestimmt die Mitgliedschaft

darüber. Sie wird nur einen Ortsbeamten wählen, der ihr volles gewerkschaftliches und politisches Vertrauen besitzt. An der ehrenamtlichen Leitung der Geschäfte der Ortsgruppe Oppeln durch die Ortsverwaltung mit Chwalczki an der Spitze haben die Mitglieder gar nichts auszuwählen. Im Gegenteil,

die Mitgliederversammlung spricht der Ortsverwaltung für ihre ehrenamtliche aufopfernde Arbeit ihr volles Vertrauen aus.

Sie erklärt es offen, daß alle Maßnahmen der Bezirksleitung gegen die Ortsgruppe Oppeln und besonders ihre Ortsverwaltung in politischen Ursachen, und zwar weil die Mehrzahl der Ortsverwaltungsmitglieder der kommunistischen Partei angehört, begründet liegen.

Wenn der Bezirksleiter Blättermann der Meinung ist, aus dieser Tatsache die Mitgliedschaft Oppeln in Gegensatz zur Ortsverwaltung zu bringen, so täuscht er sich.

Die Mitgliedschaft erblickt in der kommunistischen Partei die einzige Arbeiterpartei.

An die Mitglieder der Ortsgruppe Oppeln richtet die heut tagende Mitgliederversammlung den Appell, sich mehr wie bisher an der gewerkschaftlichen Arbeit zu beteiligen, um das vom Bezirksleiter Blättermann bereits angegriffene

Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen.

Die Mitgliedschaft stellt fest, daß noch nie ein so gutes Einvernehmen zwischen der ehrenamtlichen Ortsverwaltung und Mitglieder geherrscht hat. Wird die von oppositionellen Verbandsmitgliedern mißsam aufgebaute Ortsgruppe zerschlagen, so trägt nur allein der Bezirksleiter Blättermann die Schuld daran. Die Mitgliedschaft gelobt, alles daranzusetzen, damit dieser Schandstreich nicht zur Durchföhrung gelangt.“

Die Entscheidung wurde mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. Im Schlußwort erklärte der Kollege Chwalczki, daß alle Maßnahmen der Bezirksleitung politischer Natur sind, weil die Ortsverwaltung Oppeln in der Mehrzahl der A.P.D. angehört. Man will eben die oppositionellen Kollegen herauslocken und dafür treue Kopfnieder hineinnehmen. An Euch Kollegen liegt es jetzt, daß der schändliche Plan der Reformisten nicht gelingt.

### Neue Ausschüsse oppositioneller Betriebsräte

In der Ortsverwaltung Schmaltalben (Thy.) des D.M.B. ist der Kollege Fritz Saller auf Beschluß des Verbandsvorstandes aus dem D.M.B. ausgeschlossen worden, weil er die Broschüre „Der Kampf um den Reichsbahn-Verbandsrat“ vertrieben hat und sich selbstverständlich weigerte, einen Revet zu unterschreiben.

„Ich erkläre hiermit, daß ich den Verkauf der kommunistischen Broschüre „Der Reichskurs im D.M.B.“ anlässlich der Jahresversammlung des D.M.B. in Schmaltalben bebaure. In Zukunft werde ich Handlungen vermeiden, die eine Fernbefragung des Verbandstages bedeuten und meine Tätigkeit unter Beachtung der Verbandsbeschlüsse, der Verbandsbeschlüsse, des Statuts und den Anweisungen des Vorstandes in der Organisation ausüben.“

Die Forderung der Unterschrift unter einem solchen Schandbrevier ähnelt einer Erpressung. Sie sollte unter allen Umständen den Ausschluß des Genossen Völler provozieren.

Die Ortsverwaltung Jena hat beim Hauptvorstand des D.M.B. den Ausschluß gegen acht Kollegen beantragt, weil sie auf der Verbandsratsliste der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Reich-Wert bezw. bei Schietrumpl kandidierten.

Dieser Ausschlußantrag ist ein Versuch, die revolutionäre Opposition, die über 1400 Stimmen in einem der wichtigsten Industrie- und der einstigen Hochburg der Arbeiteraristokratie Jena erhielt, kaltzustellen. Dieser seit Jahren unternommene Versuch wird auch diesmal nur dazu beitragen, daß weitere Teile der Belegschaft zur Gewerkschaftsopposition stoßen werden, die den D.M.B. zum Beförderer von Arbeiterinteressen umgestalten will.

### Textilarbeiter-Genossen,

orgt dafür, daß jede Ortsgruppe an der Konferenz am Freitag an dem im Rundschreiben bekanntgegebenen Ort teilnimmt.

*Hast Du schon  
MARX, KAPITAL gelesen?*

Zum Studium aller theoretischen Literatur, zum Verständnis der in den Tageserwartungen vorkommenden Fremdwörter, braucht der Wissenshungerige

W. LIEBKNECHT

*Volks-Fremdwörter-Buch*

Preis in haltbaren Ganzleinen 6.80 Mk.,

Zu beziehen durch die proletarischen Literatur-Vertriebsstellen

Artur Wysoka, Hindenburg OS., Schechepplatz 12, und

Artur Müller, Breslau, Feldstraße 50

# Breslau

## Großfeuer auf der Eichendorffstraße Zwei Wehrlente verunglückt

Gestern in der 16. Stunde brach in dem Ede Kaiser-Wilhelm-Straße gelegenen Grundstück Eichendorffstraße 87 Feuer aus. Die Feuerwehr sah sich bei der Bekämpfung des Brandes vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Die Leitern reichten in ihrer Länge nicht aus (!), um an die Brandstelle heranzukommen. Die Wehr besaß sich damit, daß sie auf der Eichendorffstraße die Leitern senkrecht aufstellte. Da aber derart gestellte Leitern hohen Wasserdruck nicht aushalten, war der schwache Wasserstrahl nicht imstande, das Feuer abzuschöpfen. Erst als das Dach vollständig durchgebrannt war (!) konnte ein ebenfalls brennender Turm abgelöscht werden.

Bei dem Brande ereigneten sich zwei schwere Unfälle. Ein Feuerwehrmann brach auf einem der Bodenträume ohnmächtig zusammen. Rechtzeitig konnte er aus dem Qualm in die frische Luft gebracht werden. Ein zweiter, namens Kretschmer, brach durch das Dach durch, fiel mit einem Teile des Daches auf den Wasserschaden, und durchbrach auch dessen Fußboden. Er erlitt in der Höhe Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Der Sachschaden ist sehr groß, da der Dachstuhl vollständig und die Dachlammern zum größten Teil ausgebrannt sind. Außerdem haben die im obersten Stockwerk liegenden Wohnungen Wasserschaden erlitten.

### „Und das viel auf“

Nämlich die Blöße der Macher der „Schlesischen“, die als „Vorläufer“ für alle Zeitschriften noch nicht einmal deutsch schreiben können, denn sie wissen nicht, daß „auffallen“ mit „auf“ und nicht mit „an“ geschrieben wird. In Berücksichtigung der mit dieser Tatsache bewiesenen geistigen Minderwertigkeit der Gesellschaft aus der Schweißniger Straße halten wir es unter unserer Würde, mit ihr überhaupt über den Zwischenfall bei der „Wuma“-Eröffnung zu diskutieren. Wir wollen nur feststellen, daß der Strolch, der das gestrige „Eingefand“ in dem Blatte verfaßt hat, zu feig ist, seinen Namen zu nennen. Ihm ist wohl bange vor den Dhrfeigen, die ihm Mägen könnten?

### Unglücksfall oder Selbstmord?

In ihrer Wohnung in der Burgfeld 4 wurden am Mittwoch, gegen 14 Uhr, der Rentner A. M. und seine Ehefrau durch Gas vergiftet aufgefunden. Während der Chemann bereits tot war, befand sich die Ehefrau in bewußtlosen Zustände. Sie wurde nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Selbstmord oder um einen Unglücksfall handelt.

### Die Eintrittskarten zur Poels-Rundgebung

sind bei allen Parteilunktionen sowie in der Buchhandlung Feldkrabe 50, in der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, im Roten-Hilfs-Büro, Freiheitsgasse 2, im Vorverkauf zu haben. — Eintritt 30 Pfg., Erwerblos 20 Pfg. An der Kasse 50 Pfg.

### Klagen aus der Rotlandsarbeiter-Baustelle Ranfarn

Ein Rotlandsarbeiter schreibt uns: In Ranfarn sind ungefähr 30 Rotlandsarbeiter mit Schachtarbeiten beschäftigt. Die Ausführung dieser Arbeiten unterliegt der Firma Vereinigte Bauunternehmung U. S., Hoch- und Tiefbau. Die Arbeitsverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Sicherheitsmaßnahmen werden vollständig außer acht gelassen. So sind z. B. die Leitern der Feldbahnstienen nicht genügend befestigt, und nur lose mit dem Gleis verbunden. Andauernd entgleisen die Voren. Raum sind diese wieder auf Gleis gebracht, so sitzt die Maschine im Dred. Ein Heben und Jagen den ganzen Tag, und dazwischen das übliche „Los, los“-Gedrüll. Als am Samstag ein Kollege infolge Entgleisens einer Vore verunglückte, meinte ein Schachtmeister nachher: „Ihr werdet hier alle noch zu Invaliden!“ Ein Kollege erwiderte mit Recht: „Wenn man hier zu arbeiten anfängt, ist es am besten, man bringt sich das Krankenauto gleich mit!“ Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Erbitterung unter der Belegschaft immer größer wird; denn eins sieht fast in der Welt: in Folge dieser unerschönten Anstrengung nicht mehr leisten, wie jetzt! Darum Arbeitskollegen steht geschlossen. Nur die Masse hofft Einfluß — ein Einzelner ist ein Nichts! Lest die „Arbeiter-Zeitung“, die als die einzige Zeitung nur für eure Rechte eintritt, und mit euch gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft!

Eine Störung im Straßenbahntrieb ist gestern 14.55 Uhr dadurch entstanden, daß in der Poststraße ein Zug der Straßenbahn auf den zweiten Wagen eines Zuges der Linie 10 aufsaß. Der Wagen hatte sich in den Beton eingegraben und konnte erst durch den Rettungszug der Straßenbahn befreit werden.

Kriminelle Wochenratte. In der Woche vom 9. bis 15. d. M. wurden 30 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Einbruchdiebstahls 2, einfachen Diebstahls 7, Betrug 4, Urkundenfälschung 2, Hebelerei 1, Sittlichkeitsverbrechens 1, Körperverletzung 1, Betteln 1, „Arbeitschen“ 3, Groben Unfugs 3, Storbrieffals 1, Schußhaft 5.

Brand auf der „Wuma“ Auf dem Ausstellungsgelände war ein Elektroautomobil der Reichspost in Brand geraten. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und konnte gelöscht werden, ohne daß nennenswerter Schaden entstanden war.

Neuer Straßennamen. Der zwischen Beblo- und Schönstraße, in der Richtung Nord-Süd verlaufenden Verbindungsstraße Nr. 40 bekommt die Bezeichnung „Dittmachers Straße“. Sie liegt im 22. Polizeidistrikt.

1. Arbeiter-Angler-Verein. Freitag 18 Uhr: Vorführung der Spinnrute im Döwitzer Seegehege. Anschließend Werbesabend im Döwitzer Restaurant „Paradies“. Sonntag Ausstellung sämtlicher Angler zum Festzug um 11 1/2 Uhr Ede Alexander- und Lessingstraße.

# Junger Mensch zum Sittlichkeitsverbrecher gestempelt!

Wenn ein Lehrling für den „Lehrherrn“ Kindermädel spielen muß

Breslau, 20. Juni.

„Unzüchtige Handlungen an einem dreijährigen Kinde.“ Von der Kriminalpolizei wurde gestern auf dem Breslauer Hauptbahnhof ein 17-jähriger Baderlehrling aus Schweidnitz aufgegriffen, der sich auf dem Bahnhof planlos herumtrieb. Er gab an, er sei seinem Meister ausgedrückt, da ihm Schläge angedroht worden seien. Die Kriminalpolizeiliche Rückfrage in Schweidnitz ergab, daß der Lehrling an dem dreijährigen Mädchen des Badermeisters, das ihm zur Beaufsichtigung in einem Schrebergarten überlassen worden war, unzüchtige Handlungen verübt hatte. Das war von mehreren Frauen beobachtet worden. Der Meister hatte dem Lehrling, der alles ableugnete, angedroht, wenn er nicht binnen einer Stunde die Wahrheit sage, werde er ihm eine Tracht Prügel verabfolgen.

Diese Meldung brachten vorgestern die „Neuesten Nachrichten“. Mit Schauern vor solch „Verworfenheit“ wird sie der Spiegbürger gelesen haben, um dann mit Genugtuung festzustellen, daß „sein“ Blatt als Hüterin von Moral und Sittlichkeit derartige „Schandtat“ stets zum Beweise der fortschreitenden „Verwahrlosung der Jugend“ anprangert.

Was ist nun wahr an der ganzen „Unzucht“-Angelegenheit?

Der betreffende Baderlehrling wurde, wie das bei vielen, ja den meisten, Handwerksmeistern üblich ist, außer mit schweren Berufsarbeiten auch als Dien- und Kindermädchen-Erzieher beschäftigt. Das heißt, er mußte einholen, das Kind des Meisters beaufsichtigen usw. Das letztere tat er auch an einem der letzten Tage. Er war von dem Meister mit dem Kinde — einem dreijährigen Mädchen — in den Schrebergarten geschickt worden. Nach

einiger Zeit glaubte er, daß sich das Kind eingekniet hatte und sah nach, indem er sah, ob dessen Höschen noch waren.

Dieser vollkommen harmlose Vorgang genügte einigen Mädelweibern, die ihn beobachtet haben mußten, zum Wehrling die Jungen zu laufen und ihm vorzuschwindeln, sein Verhalten hätte an dem Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen.

Als der Junge zurückkam, wurde er vom Meister für Meck geekelt, geprügelt, daß er sogar Wunden im Gesicht hatte, und ihm angedroht, daß er, wenn er in einer Stunde nicht „eingefanden“ habe, erneut geschlagen werde. Der Junge hatte aber nichts eingesehen und in seiner Angst vor den Mißhandlungen durch den Meister — man weiß, wie bestialisch diese oftmals gegen die Armen auftritt — und Verberd ausgelieferten Lehrlinge sind — rüde er auf dem Breslauer Hauptbahnhof wurde er dann festgenommen.

Dies der Tatbestand. Und aus diesem Vorfall, der eigentlich Veranlassung sein mußte, gegen den brutalen Meister eine scharfe Mißde zu reiten, machen die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ ein Sittlichkeitsverbrechen des Jungen und stellen ihn in unverantwortlicher, leichtfertiger Weise bloß.

Uebrigens tun sie so etwas nicht zum ersten Male. Schon öfters haben wir ihnen nachgewiesen, mit welcher unerschütterlichen Festigkeit sie Beschuldigungen gegen unschuldige Menschen erheben haben, ohne jemals daran zu denken, nachträglich ihre falschen Meldungen zu berichtigen.

Feines Blatt, das „Serios“ nennt man es! Die Ehre von wehrlosen Proleten — denn einen Reichen zu beschuldigen, wagen die „Neuesten“ selbst dann nicht, wenn er der größte Schweinehund ist — gilt ihnen nichts. Arbeiter, die ihr dieses Blatt noch lest, denkt einmal darüber nach!

# Der tägliche tödliche Straßenunfall

Zwei Kinder verletzt, eins getötet

Seit einigen Tagen muß jede Nummer unserer Zeitung einen tödlichen Straßenunfall melden. Die Verlustziffer des Straßenverkehrs schnellte gewaltig in die Höhe. Diejenigen, die von Amts wegen dieser Entwicklung steuern müßten — Polizei und Gerichte — haben sich dazu als unfähig erwiesen. Das wilde, rücksichtslose, Menschenleben nicht achtende Fahren besonders vieler Auto Lenker wird zur Regel, sein Gegenteil zur seltenen Ausnahme. Unter diesen Umständen bleibt für das nicht autofahrende Publikum nichts anderes als die Selbsthilfe übrig.

Das neueste Unglück ereignete sich gestern, Mittwoch mittag, an

der Krassier-Ede Kaiser-Wilhelm-Straße. Einem vom Südpark kommenden Auto fuhr in rasender Fahrt ein Personentransportwagen entgegen. Bei dem Versuch, diesem Wagen zur Vermeidung eines Zusammenstoßes auszuweichen, fuhr der Auto fuhr auf den Bürgersteig in drei Rinder hinein. Von diesen, den Geschwistern Penzschel, wurde das einjährige Mädel, das im Kinderwagen lag, gegen einen Laternenpfahl gedrückt und so schwer verletzt, daß es bald darauf starb. Ein dreijähriges Mädchen erlitt einen schweren Beckenbruch, die 14jährige älteste Schwester, die die Kleinen betreute, wurde leichter verletzt.

# Rundfahrt durch Breslaus Siedlungsbauten

Während der Dauer der „Wuma“ veranstaltet das Verkehrsamt Autorundfahrten durch Breslaus Wohnungsbauten der Jahre 1919—1928. In laufender Fahrt geht es an 35 Punkten vorbei, an denen in den Jahren nach dem Kriege größere Wohnungsbauten entstanden. Der Fremde, der die meist sehr schmutzigen Siedlungsbauten sieht, dem in jeder Minute eine neue „Leistung“ gezeigt wird, muß dabei den denkbar besten Eindruck von den Wohnverhältnissen der Breslauer Bevölkerung erhalten. Denn es geht ja an der Peripherie der Stadt herum, wo neue Häuser, eingefaßt von kleinen grünen Gärten stehen; und bei der schnellen Durchfahrt durch die Hauptverkehrsstraßen der Altstadt das Breslauer Glend in seiner Furchtbarkeit auch nur zum Teil sehen und hören zu können, dazu gehören geübte Augen und geübte Ohren.

Was man bei einer solchen Rundfahrt von außen feststellen kann, ist fast ausnahmslos schön. Der graue Schatten, der den Mietern die Freude an ihren Wohnungen verdirbt, ist die Miete, deren Höhe dann eben wieder die unangenehme Folge hat, daß man sehr viele Kleinstwohnungen baut; da ist die Miete wenigstens nicht ganz unerschwinglich (wenn auch noch viel zu hoch). Eine Siedlungspolitik nach faschischem Grundgedanken, das erkennt auch der Magistrat „prinzipiell“ wenn auch nicht praktisch an, müßte es doch so sein: Ausreichenden Wohnraum bei niedrigen Mieten.

Die gestrige Presse-Rundfahrt führte zuerst nach der Arbeiter-Siedlung Tschansch, die in einem Monat bezogen werden soll. 728 Wohnungen sollen hier entstehen, bis auf einige wenige ausnahmslos Kleinstwohnungen. Die Häuser sind drei Stock hoch, eine Gemeinschaftswaschküche, ein eigenes Fernheizwerk, eine Badeanstalt und Warmwasserbereitung sind vorhanden. (Wäre es nicht möglich gewesen, die Häuser etwas weiter von der Ohlauer Durchgangsstraße — Sonn- und Wochentags eine der belebtesten — wegzubauen? Ein wenig mehr Ruhe als auf dem Ring gehört schließlich auch zu einer Siedlung.)

Dann geht es an der Versuchssiedlung Dürrgoy vorbei. Sie ist im Jahre 1920 abgeschlossen worden, und wie überholt, wie alt sieht diese Siedlung heute schon aus. Mitleidig schaut man auf die, eine oder höchstens zwei Familien beherbergenden „Gumbehütten“, wie der Volksmund die zum Teil noch aus Kriegsbauaterialien hergestellten Häuser benennt, die 208 Wohnungen enthalten. Eine Siedlung, von der die Öffentlichkeit wenig weiß, ist die auf

der Werkestraße, obwohl sie mit 34 000 Quadratmeter Flächeninhalt und 233 Wohnungen verhältnismäßig groß ist. Es ist ein seltsamer Kontrast, die neuen zweckmäßigen Siedlungshäuser und auf der anderen Seite die düsteren Hinterfronten der Mietskasernen der Hubenstraße zu sehen.

Von der 104. meist Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen enthaltenden Polizeibeamtensiedlung Rietern fährt uns das Auto in die Siedlung Eichborn-Garten, die von 1919—1927 errichtet wurde und heute 708 Wohnungen besitzt. Die Randbebauung sind drei- und viergeschossige Häuser, die eigentliche Siedlung zweifelhafte Flachbau. Heute wohnen im „Eichborn-Garten“ bereits über 6000 Menschen!

Die neuen Wohnhäuser am Sauerbrunn sind unser nächstes Ziel. Hier sind 201 Wohnungen von der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“ und 357 von der Siedlungsgesellschaft Breslau errichtet worden.

Die Siedlung Pöpelwitz ist neben Zimpel die größte. 2000 Wohnungen umfaßt sie, und stellt mit 10 000 Einwohnern eine kleine Stadt in der Großstadt Breslau dar. Vorgelesen ist im Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, die Schule, die sich inmitten der Siedlung befindet, zu erweitern, da sie bei der steigenden Kinderzahl den Ansprüchen nicht mehr genügt.

Mit den besten Eindruck von allen Anlagen macht die Bebauung der Wiehweide. Das gesamte Stadtviertel ist in Rohbau gehalten, die Randbebauung in vier- und fünfgeschossigen Häusern mit Flachdach, die innere Bebauung in dreigeschossigen Bauwerke mit grauedecktem Satteldach. Zwei Grünflächen durchziehen das Gebiet. In der Mitte liegt die in der Vorkriegszeit entstandene Liegnitzer Schule. Ein weiteres Schulsystem ist vorgesehen. Die 525 Wohnungen dieser Siedlung werden durch ein eigenes Fernheizwerk versorgt; Warmwasser und eine Gemeinschaftswaschküche ist vorhanden.

In der Rundfahrt weiter vorgesehen waren u. a. die 45 Wohnungen umfassende Wohnhausgruppe Friesenplatz, die Siedlung Carlowitz (bisher fertiggestellt 84 Wohnungen und 38 Eigenheime), die Siedlung Nord (53 Eigenheime), das Wohngebiet am Oberdeich mit 112 Wohnneinheiten und Zimpel, mit 100 Hektar und 2054 fertigen bei insgesamt 2800 geplanten Wohnungen, die größte Breslauer Siedlung.

Mit der „Wuma“-Versuchssiedlung schloß die Rundfahrt ab.

# Massen heraus!

Morgen, Freitag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, spricht

Max Hoelz im Circus Busch

Um 19.30 Uhr, Empfang am Hauptbahnhof

Abmarsch der Stadteile um 19 Uhr: Ost vom Brockauer Platz; Nordost vom Bäuschplatz; Nord vom Weissenburger Platz; West vom Striegauer Platz; Süd vom Friedrichstr. (Zanke) Süd: Um 18.45 Uhr am Neumarkt

Die Demonstration fährt durch Bahnhof-, Taubentzen-, Teich-, Garten-, Zimmerstr. nach dem Lehnplatz

# Waldenburger Bergland

## MAX HOELZ in Waldenburg!

Hoelz spricht am Sonnabend, den 22. Juni, 18.30 Uhr, in Dittersbach, im Lokal "Tiefbau". Anschliessend an die Kundgebung **Demonstration** nach Waldenburg zur gr. öffentl. Kundgebung auf der Viehweide

Zur Abholung des Genossen Hoelz treffen sich die Arbeiter u. Arbeiterinnen geschlossen um 17.20 Uhr, auf d. Bahnhof Dittersbach.

### Reichsbanner-Platte-Aufmarsch in Ober-Wüstegiersdorf

A. K. Die Ortsgruppe des Reichsbanners Wüstegiersdorf, die im Ganzen zehn Mann stark ist, veranstaltete am Sonntag ihre Fahnen-Wochenlang schon zuvor ließ man große Inszenate los, und man träumte schon von 1000-2000 Mann. Aber, o Schreck, was mußte man am Sonntag sehen? Ganze 453 Mann, genau gezählt, hatte man auf die Weine gebracht. Um diesen „gewaltigen“ Aufmarsch überhaupt zustande zu bringen, hatte man die Teilnehmer aus dem äußersten Winkel Schlesiens zusammengeschleppt. Am Abend zuvor fand ein Kommerz statt, zu dem die Ortsgruppe Wüstegiersdorf, die einmal über 100 Mitglieder hatte, mit ganzen 30 Mann anmarschiert kam mitsamt ihrer Kapelle, wovon man noch zehn Mann der Kapelle von einer anderen Ortsgruppe geliehen hatte, um bloß spielen zu können. An dem Aufmarsch am Sonntag konnte man sehen, daß immer mehr Arbeiter im Reichsbanner erkennen, daß ihr Platz nicht in einer Organisation sein kann, die sich schüßend vor das Kapital stellt. Erklärten doch noch einige Tage vor der Fahnenweihe zwei Arbeiter der hiesigen Ortsgruppe ihren Austritt aus dem Reichsbanner und der Sozialdemokratischen Partei. Jedenfalls ist nichts geworden mit dem Aufmarsch von 1000 Mann, von dem man geträumt hatte, und das Ganze war eine einzige große Platte.

### Schweidnitz

#### Wie Behörden ihre Verträge halten

A. K. In Schweidnitz fand kürzlich eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht statt, die bekannt zu werden verdient. Der Stadt- und der Landkreis Schweidnitz waren angeklagt, ihren Angestellten nicht den tarifmäßigen Gehalt gezahlt zu haben. Der Vorfall liegt längere Zeit zurück. Als die Nachforderung erstmalig vorgebracht wurde, wollte niemand zuständig sein. Man versuchte von Seiten der Behörden, die Schuld auf den Regierungspräsidenten, ja sogar auf die Staatsregierung, abzuschieben. Schließlich ließ sich der Vertreter der Angestellten hierauf nicht mehr ein und brachte die Angelegenheit vor das Arbeitsgericht. Die Stadt Schweidnitz ließ sich durch Bürodirektor Lippert, der Kreis durch Bürodirektor Dummer vertreten. Herr Dummer gab offen zu, daß die Angestellten entlassen worden wären, wenn sie gewagt hätten, auf den ihnen ordnungsmäßig zustehenden Gehalt zu bestehen. Das Gericht brachte in seiner Entscheidung klar zum Ausdruck, daß die Behörden hier auf eine bewusste Schädigung der Angestellten hinausgegangen seien, so z. B. dadurch, daß mit den Angestellten alle drei Monate neue Verträge abgeschlossen wurden, damit sie nur nicht in den Angestelltenchutz kämen. Die Behörden wurden zur Rückzahlung von etwa 3400 Mark zuzüglich 8 Prozent Zinsen verurteilt.

## Niederschlesien

### Görlitz

Eine Behälter niedergebrannt. In Goldbach wurde die Scholische Wirtschaft ein Raub der Flammen. Der von einer Geschäftsreise zurückkehrende Besitzer fand plötzlich am Grabe seiner Habe.

Mit kochendem Wasser verbrüht. In Dittersbach a. d. Eigen verbrühte sich der 7-jährige Sohn des Arbeiters Hantsch in furchtbarer Weise mit kochendem Wasser. Er vermachte den Kochtopf, aus dem er kochendes Wasser in ein anderes Gefäß schütten wollte, nicht zu fassen, und ließ sich dessen Inhalt über den Körper.

### Grünberg

#### Alle Textilarbeiter

kommen am Freitag abend in die öffentliche Textilarbeiterversammlung. Streckungnahme zum Hungerstreik. Kleines Erscheinen notwendig!

### Sagan

Wird ein „Stellvertreter Gottes“. Im dem zwischen Sagan und Prießnitz verkehrenden Kraftomnibus setzte sich ein älterer Mann zwischen zwei junge Mädchen. Plötzlich entblökte er sich in sogenannter „schamloser Weise“. Es handelte sich um einen 61-jährigen Passagier aus Kungendorf bei Soraun.

### Bunzlau

Verfälschte Notiz. Am 6. April begleitete der 25-jährige Alfred B. nachts zwischen 11 und 12 Uhr eine Pfliegerin nach Hause. Unterwegs verlangte er einen Kug von ihr. Daraus ließ sie aber schamlos davon und wartete eine Zeitlang am Pfingstbaum der Heilanstalt. Als sie auf die Straße zurückkam, verjagte der Begleiter, der auf sie gewartet hatte, sie zu Boden zu reizen, um sie zu verheerlichen. Bei dem entstehenden Ringkampf zerriß er ihr die Kleider. Als sie um Hilfe rief, ließ er von ihr los. Nun stand er vor dem erweiterten Schöffengericht Liegnitz, das unter Anschluß der Öffentlichkeit verhandelte. Er erhielt wegen verführter Notiz 6 Monate Gefängnis mit Strafsaussetzung, wenn er eine Buße von 200 Mark bezahlt.

Ein derartiges Verhalten von Behörden muß öffentlich an den Pranger gestellt werden. Werden aber die betroffenen Kreise der Angestellten hieraus die notwendigen Folgerungen ziehen?

Bei dieser Gelegenheit wollen wir überhaupt auf die skandalöse Ausnutzung hinweisen, der die Angestellten besonders des Landratsamtes in Schweidnitz ausgesetzt sind. Abgesehen davon, daß es auch jetzt noch eine ganze Anzahl Angestellte gibt, die kein tarifmäßiges Einkommen haben, werden ständig Löhner und den verlangt, deren Bezahlung nicht erfolgt. Wo bleibt da die Gewerkschaft? Jene Herren glauben wahrscheinlich, in Schweidnitz ohne „Achtung der Gesetze“ auszukommen. Der Schutz gegen die Ausbeutung der Angestellten ist wahrhaftig gering genug. Was soll man dann von den Leuten verlangen, die für ihre eigene Tasche arbeiten, wenn nicht einmal die Beamten diese Gesetze respektieren? Es gibt doch wirklich genug stellunglose Angestellte, die froh wären, wenn sie sich einige Pfennige verdienen könnten. Gerade derartige Fälle dürften den Klassencharakter des Staates handgreiflich demonstrieren, zumal der

deutschnationale Landrat des Kreises Schweidnitz, der Orogograrier Herr von Salisch, ja dadurch heimtückisch, wie eng die Ausbeutung der Untergebenen mit den Privatprofitten der Steuerzahlung zusammenhängt.

### Landeshut

Sie machen sich breit, die Muder der schwarzen und gelben Couleur

A. K. Wie nicht anders zu erwarten, mühen die Kontordatsbrüder die ihnen durch die Koalitionsregierung gebotenen Vorrechte gründlich aus. Der evangelischen Grenzlandtagung vom Montag wird in kurzen die katholische Veranstaltung folgen. Nationaler Rummel mit Massenfeiern, schwarzweißrotgelbe Besetzung. Und es sind leider viele Arbeiter, die trotz der geradezu schändlichen Einstellung der Unternehmer diesen Rummel durch ihre Beteiligung begründen. Einem Fabrikanten Bauhs, der als „Zeutscher“ seine Arbeiter entläßt und sie arbeiten in der Tischschloßwerkstatt ausführen läßt, nachzulaufen, sollte jedem denkenden Arbeiter ferntiegen. Gerade das Verhalten Bauhs und der Textilindustriellen in diesem Lohnkampfe müßte jedem die Augen öffnen und ihn in die Klassenfront des kämpfenden Proletariats einreihen.

## Textilarbeiter im Kampf

Nachstehende Arbeiterkorrespondenzen schildern den schweren Kampf der Textilarbeiter gegen Unternehmertum und Bürokratie für ihre Forderungen.

### Für 2 Mark Fleisch?

Landeshut. Gegen die Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes, den Ausgesperrten die ohnehin erbärmlich niedrigen Unterstützungssätze nicht in bar, sondern in Gutscheinen zu gewähren, muß ganz entschieden protestiert werden. Uns wird neben vielen anderen Beschwerden ein Fall gemeldet, wo eine alleinstehende mit eigenem Haushalt lebende Frau zwei Gutscheine zu je 2 Mark bekam, einen zum Kaufmann und einen zum Fleischer. Daß man bei einer wöchentlichen Unterstützung von 4 Mark nicht 2 Mark zum Fleischer tragen kann, soviel müßten die Herren, die diesen Plan ausgeheckt haben, wohl doch noch verstehen. Wir verlangen deshalb, daß diese unangebrachte Bevormundung verschwindet zum Vorteil der Empfänger und der Geschäftswelt!

### Kommunistische Anträge helfen

Landeshut. Der Antrag der kommunistischen Stadtverbordperrung Gutscheine zur Benutzung des städtischen Schwimmbades netenstraktion, den Ausgesperrten während der Dauer der Auszu gewähren, ist insofern nachgekommen worden, daß solche zur viermaligen Benutzung ausgeben werden.

Gleichzeitig sind die Bemühungen, aus den Mitteln des Fonds für notleidende Weberkinder Speisungen und Milch zu gewähren, durch die Speisung von 100 Kindern der Stadt Landeshut und 20 Kindern aus Vogelzdorf als kleiner Erfolg zu buchen.

### Gewerkschaftsbürokrat läßt über JAG.

Sagan. Wenn in der letzten Textilarbeiterversammlung Anhänger der Weizenberg-Sekte gewesen sind, so werden sie erstaunt gewesen sein, daß nicht nur ihr „heiliger“ Meister etwas los hat im Weisagen, nein, auch der Gewerkschaftsangehörte Krieger schon die ersten Anzeichen prophetischer Voraussagungen von sich gibt. Besagter Prophet hat sich zwar selbst in der vorletzten Versammlung als „Schwängere Jungfrau“ bezeichnet, dessenungeachtet werden wir ihm aber die Benennung, die er verdient, nicht vorenthalten. Laufen wir ihn also als „Joseph den Weisen“. Wie gesagt, Joseph hatte da in der letzten Versammlung eine Erscheinung, oder sagen wir, er sah mit dem „weiten“ Gesicht. Und was sah er? Der Erzengel des ADSB, Frisch, setzte sich auf seinen Knien und verkündete durch den geweihten Mund des weisen Joseph folgende Katastrophe: Die Sammlung der Internationalen Arbeiterhilfe in Schlesien ist eine große Platte. Ganze 1200 Mark sind in der Provinz zusammengekommen. Die 30000 unorganisierten Textilarbeiter erhalten von der JAG eine wöchentliche Unterstützung von je sage und schreibe 2 Pfennigen. Nachdem er diese Rede zu Ende geredet hatte, kam er

wieder zu sich. Genosse Gajohn, der leider nicht auf diese Weisagung antworten konnte, weil Krieger diese für sorgfältigerweise erst im Schlusswort an den Mann brachte, kennzeichnete den gesägten Schicksalspruch, der von der Arbeiterchaft abgelehnt werden muß und rechtfertigte unser Eintreten für die unorganisierten Arbeiter und die Unterstütuungsaktion der JAG. Damit Joseph nicht wieder in die Verlegenheit kommt, falsche Prophezeiungen in die Weltgeschichte zu senden, folgende Bekannntgabe: Allein die JAG hat in Sagan für 800 Mark Lebensmittel gesammelt und zur Verteilung gebracht. Jeder Einzelgenote hat wöchentlich eine Unterstützung, je nach der Rindenzahl, von 2 bis 5 Mark in Lebensmitteln erhalten. Allein die Edelka hat 30 Zentner Kartoffeln geliefert, die Butterhandlung Kunnella hat einen halben Zentner Margarine gegeben, Fleischer Berthold für 50 Mark Fett usw. Wir werden nach Abschluß ein Verzeichnis der Spender bringen und empfehlen heute schon, daß der Prophet aus dem Textilarbeiterverband dieses eingehend studiert.

### JAG hilft

Grünberg. Am 15. Juni fand im „Goldenen Frieden“ von der JAG eine Verteilung der Lebensmittelpakete an die Hilfsbedürftigen ausgeperrten Textilarbeiter statt, die sich auf etwa 70 Personen erstreckte. Der Wert der Pakete war durchschnittlich 1,70 Mark. Bei der ersten Verteilung haben etwa 15 Personen Lebensmittelpakete im Werte von je 2,25 Mark erhalten! Die hiesige Geschäftswelt hat die JAG, besonders für die linderreichen Familien, durch Lebensmittel und Bekleidungsstücke aktiv unterstützt.

### Wohlfahrtsamt lehnt Notstandsanträge ab

Grünberg. Der ausgesperrte Textilarbeiter Gutschwinba stellte beim Wohlfahrtsamt vor einiger Zeit den schriftlichen Antrag auf Gewährung einer Notstandsunterstützung. Darauf bekam er am 14. Juni einen ablehnenden Bescheid mit recht drastischer Begründung; er lautet abstrichlich so: „Da Ihre Erwerbslosigkeit mit der Aussperrung im Zusammenhang steht, könnten wir Sie nur bei einer außerordentlichen Hilfsbedürftigkeit unterstützen. Eine solche kann nicht erkannt werden, da Sie eine wöchentliche Unterstützung von 19,50 Mark von Seiten des Verbandes erhalten. Ihre Tochter verdient monatlich 10 Mark. (Unterschrift)“ — Der Arbeiter ist verheiratet und es sind fünf Personen im Haushalt. Die vierzehnjährige Tochter hat bis jetzt noch keinen Lohn erhalten! Also bleibt es bei 19,50 Mark pro Woche und bei fünf Personen. Aber auch andere Ausgesperrte, die nicht im Verbannde sind, werden in der Regel von dem Sozialdemokraten Kaupke abgewiesen, und zwar mit folgenden Worten: „Warum sind Sie nicht organisiert, da hätten Sie ja Ihre Unterstützung vom Verband erhalten!“ Ist aber doch jemand, der darauf dringt, daß der Antrag genehmigt wird, so muß der Betreffende einen Kenerz unterschreiben: Zur Rückzahlung bei Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses.

### Liegnitz

#### Zehn Jahre „Ehebruch“

Nach einer unglücklichen Ehe hatte der Blumenhändler Domnes bevor seine Ehe geschieden war mit seiner Wirtschaftlerin lange Jahre in ehelicher Gemeinschaft zusammengelebt. Nach der Ehecheidung erkrankte die frühere Frau Strafanzeige. Domnes erhielt vom Schöffengericht wegen Ehebruchs zwei Monate Gefängnis, und die Wirtschaftlerin, der Domnes bis zum Scheidungsprozeß verschwiegen hatte, daß er verheiratet war, zwei Wochen Gefängnis. — Opfer der Rache!

Gegen Untreue bestraft. Bis 1927 betrieb der Versteigerer Ernst Lohber mit seinem Bruder zusammen ein Versteigerungs-geschäft, um sich im Herbst selbständig zu machen. Er soll sich nun vielfacher Verstöße gegen die ihm als Versteigerer obliegenden Pflichten schuldig gemacht haben, indem er Sachen aufbessern ließ und teilweise freihändig verkaufte, anstatt sie zu versteigern. Vor dem Großen Schöffengericht stand er nun wegen Untreue in 17 Fällen. Während der bis in den Spätnachmittag dauernden Verhandlung gebärdete er sich sehr erregt, beteuerte fortwährend seine Unschuld und warf mit Keufierungen, wie: „Es ist eine ausgebauchte Sache!“, „Lieber 10 Jahre nichts zu Weihnachten, als solche Klamotten zu verkaufen!“, „Ich bin

der Jakobowski!“ usw. nur so um sich. Bücher hatte er nicht ordentlich geführt. Mit den Kunden rechnete er zum großen Teil nicht ab und gab auch die Waren nicht zurück. U. a. wurde die Stadt Liegnitz, für die er Sachen aus dem städtischen Altersheim zu versteigern hatte, um einen erheblichen Betrag geschädigt. Lohber erhielt wegen fortgesetzter Untreue zwei Monate Gefängnis, doch gilt die Strafe durch die vom 9. Juni bis 9. August 1928 erlittene Untersuchungshaft als verbüßt.

### Aus dem Riesengebirge

Schon wieder unsere „geliebten Blauen“. Motto: „Gott gibt das Amt. Wo bleibt der Verband bei unserem Polizeivorstand?“ Am Sonnabend erschien in der Wohnung eines hiesigen Arbeiters der Obergerichtsvollzieher Krieger, ohne anzuklopfen und ohne zu grüßen, und forderte den Kostgänger auf, seinem Quartiergeber mitzuteilen, daß, wenn er bis mittags um 2 Uhr nicht die restlichen 6 Mark zu ihm bringe, er dann die Chaiselongue pfänden werde. Der Arbeiter schickte nun aber das Geld per Post an den eigentlichen Gläubiger nach Hirschberg. Der Obergerichtsvollzieher trank sich in dieser Zeit genügend Mut an, um gegen den Arbeiter vorzugehen. Nachmittags gegen 3 Uhr drang er dann in Begleitung eines Polizeiwachmeisters und eines Rechtskonsulenten ohne anzuklopfen in die Wohnung ein, und stürzte sich, ohne ein Wort zu sagen, auf den auf dem Chaiselongue schlafenden Arbeiter, packte ihn bei der Gurgel, würgte ihn am Hals, daß er fast erstickte, zerriß ihm das Hemd und schlug wie wahnfinnig auf den Arbeiter ein, so daß der rechte Oberarm vollständig schwarz und blau mit Blut unterlaufen war. Der Polizeiwachmeister leistete Mithilfe, indem er dem Arbeiter die Hände festhielt. Nach dieser Helldenat zogen sie mit dem gepfändelten Möbelstück ab. Der Obergerichtsvollzieher aber ging in die Kneipe, aus der er dann gegen 19 Uhr herausstufelte und zum Gelächter des Publikums von seinem Fahrrad geführt wurde. Der Arbeiter ging mit seiner Frau und zwei Quartiermädchen, die Zeugen des Vorfalls waren, zum Polizeikommissar und erstattete Anzeige. Der Kommissar hatte nichts eiligeres zu tun, als die beiden Möbel sofort rauszuschmeißen, dann noch die Frau, und letzten Endes dem Arbeiter zu erklären, ihn ginge dies nichts an, er solle schriftlich Anzeige erstatten, denn Krieger wäre „Staatsbeamter“. Und da will der Nachtmeister gerne selber Kommissar in Schmiedeberg werden, denn wie wir aus guter Quelle erfahren, will er einen Oberwachmeistkursus machen, um dann einmal in diese Stelle zu rücken. Gewiß werden die Arbeiter hier in Schmiedeberg dann „herrliche“ Zeiten erleben! Wir fragen hiermit an, ob denn die Beamten glauben, daß sie machen können, was sie wollen? Arbeiter, unterküst uns im Kampfe, dieses System zu beseitigen.

## Genossen!

Habt Ihr schon die Bestellung für die **WOCHENAUSGABE** der „Arbeiter-Zeitung“ aufgegeben?

# Referat des Gen. Merker auf dem 12. Parteitag der KPD.

## Ueber „Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik“

(Im einleitenden Teil seines Referats schildert Gen. Merker eingehend die sozialfaschistische Entwicklung der Gewerkschaftsführer. Die Rolle der Arbeiteraristokratie und der Unionsdamen Internationale.)

### Der Ausgangspunkt der revolutionären Gewerkschaftsarbeit

Genossen, ich komme zu den Fragen der Taktik der Kommunisten unter Beachtung der Tatsachen, die ich dargelegt habe. Wir können unsere Politik in einem Satz zusammenfassen und zwar: wir sind

die Partei, die die Politik der Arbeiterklasse führt

und nicht die Interessen einer privilegierten Oberschicht innerhalb der Arbeiterklasse vertritt. Unsere Einstellung zu den von den Meistern und Bezahlern verpönten unorganisierten und schlecht bezahlten Arbeitern führt sich also auf marxistisch-leninistische Grundlagen. Diese Schicht, die die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse darstellt, muß die Partei durch ihre Arbeit sammeln, von der klassenverräterischen Gewerkschaftsbürokratie ablösen, ihr Klassenbewußtsein heben, ihre Kampfeserfahrungen steigern und sie mobilisieren. Die Scheidung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse geht nicht zwischen Organisierten in den Gewerkschaften und Unorganisierten, sondern in der obersten arbeitervertreterischen Schicht und zwischen den schlecht-bezahlten unterdrückten Massen.

Der Kampf um die breiten Schichten der unorganisierten Massen in den wichtigsten Industriezentren ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die organisierten Arbeiter, besonders um diejenigen, die zu den unterdrückten, schlecht-bezahlten Schichten gehören, die aber noch der Beeinflussung der sozialimperialistischen Führer unterliegen.

Wir betrachten die Unorganisierten, die in zahllosen Kämpfen in einer Front mit den Organisierten gestanden haben unter Führung der revolutionären Opposition, keineswegs als Streikbrecher, nicht minderwertiger als die organisierten Arbeiter. Wir erklären ganz offen, die unterdrückten, schlecht bezahlten und unorganisierten Schichten sehen uns näher als der arbeitervertreterischen Teil der gewerkschaftlich Organisierten. (Sehr richtig!)

Wir beklagen die Arbeiter nicht, wie es die Versöhner tun, wenn sie erklären, der gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterschaft ist der fortgeschrittenste und führende, sondern wir erklären eindeutig, daß führend nur die

revolutionäre Opposition im proletarischen Klassenkampf sein kann.

In den Gewerkschaftsorganisationen befinden sich neben der korumptierten, bestochenen Oberschicht der Arbeiteraristokratie und zahlreichen halb- bezahlten Arbeitern auch breitere Schichten der schlecht bezahlten Klassenangehörigen, die nach Millionen zählen. Die Leitung der Verbände, von der Spitze bis zu den unteren Organisationen, liegt aber in den Händen der Oberschicht, die

kein Interesse an großen Kämpfen zum Nutzen der Gesamtbelegschaften hat.

Bedeutet es, wenn wir die Arbeiteraristokratie bekämpfen, obwohl sie in der großen Mehrheit gewerkschaftlich organisiert ist, daß wir überhaupt gegen die in den Gewerkschaften organisierten Massen eine feindliche Einstellung haben? Das ist keineswegs der Fall. Wir kämpfen um die Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Unser Gegensatz zu den Liquidatoren und den Versöhnern besteht also nicht darin, daß sie für die Arbeit in den Gewerkschaften eintreten und wir gegen eine solche sind, sondern die Differenz besteht in der Frage:

wie und mit welchem Ziel führen wir die Arbeit in den Gewerkschaften durch.

Ich glaube, daß die Thesen zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale in langentzückter und klarer Form die zentrale Aufgabe der kommunistischen Parteien in folgendem Satz formuliert haben, den jeder Kommunist eifrig studieren muß. Dieser Satz, der nach meiner Meinung die Grundbeinhalte für die Arbeit der kommunistischen Parteien gibt, lautet:

„Eine der Hauptaufgaben, die die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es dem Kapital, dank dem Kolonialbesitz und Surplusprofiten des Finanzkapitals usw. hier gelungen ist, eine verhältnismäßig breitere und standfesteren Schicht der kleinen Unterbelegschaft der Arbeiteraristokratie auszuscheiden. Sie genießt die besten Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist zünftiger Bescheidenheit, von Plebsbürgertum und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wahre soziale Stütze der II. Internationale, der Reformisten und der Zentrumskräfte und im gegenwärtigen Augenblick ist dies beinahe die einzige soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Keine, auch nur vorläufige Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist ohne unverzüglichen systematischen, ausgedehnten Kampf mit dieser Schicht möglich, die zweifellos, wie durch die Erfahrungen schon völlig erwiesen ist, nach dem Siege des Proletariats nicht wenig Elemente für die bürgerlichen weißen Garden liefern wird.“

Alle der kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien müssen um jeden Preis die Lösungen durchführen „Tiefer in die Massen“ — „engere Verbindung mit den Massen“, wobei unter den Massen die Gesamtheit der Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten zu verstehen ist, besonders diejenigen, die am wenigsten organisiert und ausgefaltet, am stärksten gedrückt und der Organisation am wenigsten zugänglich sind.“

Diese These, die vom Genossen Lenin geschrieben wurde, gibt gleichzeitig die Analyse der sozialökonomischen Ursachen der Spaltung der Arbeiterklasse in der imperialistischen Phase des Kapitalismus und zeigt die Strategie der kommunistischen Parteien, oder richtiger, den Ausgangspunkt für diese Strategie. Es ist die höchste Zeit, daß die Partei die marxistisch-leninistische Grundlage für die revolutionäre Strategie und Taktik erkennt, was die beste Garantie für die richtige Durchführung dieser Taktik sein wird.

als einen Uebergang von der anarchischen freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, die eine Milderung der Klassenengegenseitigkeit bedeutet — erklären wir, daß die Kapitalistenorganisation und ihre Verflechtung mit dem kapitalistischen Staat sowohl ökonomisch als politisch ein Wachstums der Reaktion bedeutet.

Die Anhäufung von ungeheuren Reichtümern in wenigen Händen der Industriekapitäne schafft für die Bourgeoisie große Möglichkeiten in ihrem Kampf gegen das Proletariat. Die direkte Verstaatlichung durch diese Industriekapitäne des Staatsapparates stärkt die Kampffront des Unternehmertums ins ungeheure. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die den Kampf gegen das Unternehmertum tatsächlich führen will, muß diese Tatsache beachten.

Wir müssen zu gleicher Zeit die in der Arbeiterklasse vor sich gegangene strukturelle Umwandlung beachten. Wie haben besonders, wenn wir von den Großbetrieben sprechen, eine vollständige Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse. Die Volks- und Betriebsräte von 1927 zeigt die Entfaltung der Frauennarbeit in Industrie und Handwerk seit 1907 um 38,8 Prozent, im Handwerks-gewerbe um 65,8 Prozent. Auch die Zahl der Jugendlichen ist sehr groß: 3,8 Millionen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren sind in der Industrie beschäftigt. Die Karussellisierung hat mit sich den Würgel der Dauererwerbslosigkeit gebracht. Während in der Vorkriegszeit eine „normale“ Reservearmee von 2 bis 300 000 Personen in Deutschland vorhanden war, sind seit dem Jahre 1923 fast ununterbrochen 1 Million bis 2 Millionen Personen zu verzeichnen.

Auch der Charakter des Wirtschaftskampfes hat sich in der Nachkriegsperiode geändert. Die Streiks in der Zeit der Monopole, Trusts und Kongerns haben besonders in Deutschland politische Auswirkungen und steigen oft zu politischen Kämpfen.

Auch die Rolle der Reformisten, des Gewer-

### Wir, die Reformisten und die Brandleristen

Was ist der Unterschied zwischen uns, den sozialdemokratischen Führern der Gewerkschaften und den rechten Liquidatoren in der Frage des Wirtschaftskampfes?

Die sozialimperialistische Bürokratie und ihre arbeitervertreterischen Anhänger sind gegen Streikämpfe überhaupt. Sie betrachten für sie unvermeidliche Streiks als eine Schädigung der kapitalistischen Wirtschaft und betrachten sie deshalb als ein „Hemmnis für den Aufstieg der Arbeiterklasse“. Sie beklagen die Arbeiter, indem sie ihnen eine feindliche Entwicklung zum Sozialismus vorgefaßt. Daran ändert nichts, daß sie hier und da unter dem Druck der Massen oder aus organisatorischen Gründen Streiks proklamieren oder sich an die Spitze ausgeperrter Arbeiter stellen. Jedertzeit besteht ihre Rolle darin, schnellstens durch ein Kompromiß auf Kosten der Arbeiter, ohne die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie zu schädigen und ohne gegen den kapitalistischen Staat anzutreten, die Streiks zu beenden.

Die rechten Liquidatoren ignorieren die tatsächliche Spaltung der Arbeiterklasse in eine arbeitervertreterische Oberschicht und die breiten unterdrückten Massen. Die Brandler und Thalheimer müssen infolgedessen zu der Auffassung kommen, daß die reformistischen Gewerkschaften den Wirtschaftskampf in breiterem Maße führen können und werden, daß in dieser Frage zwischen der revolutionären Opposition und den Sozialimperialisten nur ein gradueller Unterschied, aber kein grundsätzlicher besteht. Das führt zu der Auffassung, daß zur Führung des ökonomischen Kampfes ein Zusammenarbeiten mit der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie möglich ist, daß sich erst dann die Gabeln scheiden, wenn es gilt, den ökonomischen Kampf zur politischen Massenbewegung der gesamten Arbeiterklasse zu steigern.

Die Anschauung führt zu der Auffassung, daß die Gewerkschaften allein zur Führung des gewerkschaftlichen, des ökonomischen Kampfes berechtigt sind, daß der Versuch der Partei, die ökonomischen Kämpfe zu organisieren und zu führen, im Gegensatz zu der sozialimperialistischen Bürokratie, geführt auf die breiten und untersten Schichten der Arbeitermassen, ein Durchbrechen bedeutet und zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften führt. Sie führt ferner zu der Illusion, daß es möglich ist, den Gewerkschaftsapparat ideell und organisatorisch für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

Diese Anschauung ist die Grundlage für die Forderung, daß die Kommunisten erst führend in den ökonomischen Kämpfen auftreten dürfen, wenn sie die Gewerkschaftsoppositionen erobert haben, daß sie erst dann Befehle zu den unorganisierten Arbeitern, zu ihrer Eingliederung in die Kampffront und zu ihrer Befreiung in die Kampfstellungen aufnehmen dürfen. Mit ihr verhandeln die Brandler, Thalheimer und Walscher die Taktik der Einheitsfront aus einer Methode zur Entlarvung der sozialimperialistischen Bürokratie, zur Befreiung des reformistischen Einflusses und zur Sammlung der Massen für den revolutionären Klassenkampf in eine Methode zur Vereinigung der Führer.

Die Konsequenz ihrer Stellung ist die Unterführung der sozialimperialistischen Bürokratie und der Kampf gegen die kommunistische Partei.

### Unsere Ansichten

Die Kommunisten enthalten demgegenüber das Besondere des proletarischen Klassenkampfes in der Epoche des neudeutschen Imperialismus, die Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen Massenstreik, die ein Produkt der imperialistischen Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ist. Sie enthalten die außerordentliche politische Bedeutung der Kämpfe um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ziehen aus dieser Erkenntnis die richtige Konsequenz, daß die sozialimperialistische Gewerkschaftsbürokratie und ihr arbeitervertreterischer Anhang allen ökonomischen Klassenkämpfen mit ihren politischen Konsequenzen, die sich auch gegen die eigene geborene Existenz richtet, feindlich gegenüberstehen und solche Kämpfe gemetzelnd mit der Bourgeoisie kolludieren. Diese Tatsachen machen die Gewerkschaften unfähig zur

Wirtschaftsapparates ist in der Nachkriegsperiode eine andere geworden. Der Gewerkschaftsapparat hat sich in eine Streikbrecherorganisation verwandelt. Mit besonderem Nachdruck lehren sich die Gewerkschaftsführer von großen Monopolistischen Kämpfen ab, weil eben diese Kämpfe sehr leicht in politische Kämpfe umschlagen.

### Auslösung der Wirtschaftskämpfe

Wir stellen vor die Gewerkschaftsopposition die Aufgabe, Kämpfe auszulösen und sie selbstständig gegen das Unternehmertum und den Gewerkschaftsapparat zu führen. Wir müssen deshalb auf das sorgfältigste die Bedingungen studieren, unter welchen wir unsere Aufgabe lösen wollen.

Es ist selbstverständlich nicht gleichgültig, ob wir es mit der Periode der Hochkonjunktur oder der Krise zu tun haben. Die Reformisten behaupten bekanntlich, daß ein Wirtschaftskampf nur in der Zeit der Hochkonjunktur erfolgreich sein kann. Das ist in der Hochkonjunktur nicht möglich und in der Hochkonjunktur Kämpfe möglichst zu vermeiden und bei ihrem Ausbruch abzuwürgen. Die Arbeiterklasse muß die Konjunktur rücksichtslos für die Erhöhung der Löhne und für Verkürzung der Arbeitszeit ausnützen.

Aber auch in der Zeit der Krise und Depression sind erfolgreiche Wirtschaftskämpfe möglich. Allerdings müssen die Wirtschaftskämpfe in der Periode der Krise und Depression anders geführt werden als in der Periode der Hochkonjunktur. In der Periode der Krise ist es angebracht, das Augenmerk auf die Verbindung der Betriebskollegen mit den großen Massen der Arbeitslosen zu lenken. Als zentrale Forderung soll solchen Kämpfen die Verkürzung der Arbeitszeit gegeben.

In einer solchen Periode verandelt sich der ökonomische Kampf immer mehr in einen politischen. Die Forderungen der Verkürzung der Arbeitszeit, Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen auf Kosten der Unternehmer, sind die geeignetsten Übergangslösungen zur Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen Kampf gegen das ganze Ausbeuterregime. In der Zeit der Krise, bei der weiteren Zuspitzung der Klassenengegenseitigkeit, wird der Rahmen der ökonomischen Kämpfe gesprengt werden.

Die Frage der Verbindung der ökonomischen und politischen Kämpfe wird mehr und mehr akut. Es gehört dazu eine konsequente revolutionäre Propaganda. Wir haben z. B. folgenden Fall: Die Labour-Regierung hat angekündigt, daß sie bereit ist, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. In England besteht in der Achtstundentag, so daß diese Ratifizierung nur eine Geste ist, die Macdonald gerne machen wird. Bekanntlich hat die deutsche Bürgerblockregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens von der englischen Ratifizierung abhängig gemacht. Die sozialdemokratische Presse und der ADGB werden sich die Mühe geben, aus der geschaffenen Situation Kapital zu schlagen. Monatlang werden der ADGB und die sozialdemokratischen Zeitungen trommeln, daß durch das Entziehen der Labour-Regierung auch für die deutschen Arbeiter der Achtstundentag in die Nähe gerückt ist. Die Reformisten werden versuchen, neue Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Wir wissen aber ganz genau, daß die deutsche Bourgeoisie keineswegs dem Achtstundentag auf solche Art und Weise geben wird. Der Achtstundentag kann nur im Kampf der Arbeiterklasse erobert werden. Wir müssen deshalb schon jetzt wirkungsvoll gegen die reformistischen Illusionen auftreten. Hier ist eine Möglichkeit gegeben, propagandistisch das enge Verhältnis zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

(Gehört folgt)

### Die Grundsätze unserer Taktik im Wirtschaftskampf

Unsere Strategie und Taktik im Wirtschaftskampf wird bestimmt in großem Maße durch die allgemeine Verschärfung der Klassenengegenseitigkeit und durch die sozialfaschistische Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Die deutsche Bourgeoisie hat in den letzten Jahren große Fortschritte im Ausbau des Produktionsapparates und in seiner Konzentration gemacht. Die Konzentration des Kapitals hat in Deutschland bereits ein Stadium erreicht, das nur noch durch die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus überschritten wird. Das Gesamtbild der Kapitalistenorganisationen folgen folgende Zahlen: Im Kalibergbau ist das gesamte Aktienkapital in Kongernen und Interessengemeinschaften vereinigt, im Braunkohlenbergbau sind 95,5 Prozent des gesamten Aktienkapitals konzentriert, im Steinkohlenbergbau 90,5, in der Eisen- und Metallgewinnung 88,5, in der elektrotechnischen Industrie 84,4 Prozent usw.

Die Bourgeoisie hat in ihren Händen kolossale Machtmittel zum Angriff auf die Arbeiterklasse. Gleichzeitig zeigen sich deutliche Tendenzen zur unmittelbaren künftigen Beherrschung des Staatsapparates durch die tiefenstaftlichen Wirtschaftsgelände. Deutschland wird tatsächlich regiert von einer Handvoll Industriekapitäne und Finanzmagnaten, an deren Spitze die Dulsberg, Wägel, Krupp, Thyssen und andere stehen. Die Regierungen und die sozialdemokratischen Minister sind nur Werkzeug der Beherrscher der Trusts und Monopole.

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die die Konzentration des Kapitals, die Verflechtung des Staates mit der Wirtschaft als einen ökonomischen und politischen Fortschritt betrachtet,

# Arbeiter-Sportfest im Stadion

Sonntag, 23. Juni, 2.30 Uhr

Abmarsch des Festzuges.  
 Bundesfest-Übungen der Schüler und Schülerinnen, Sportlerinnen, Jugend und Männer.  
 Fußball-Städtepiel Dresden-Breslau.  
 Massen-Gewichtsübungen der Arbeiter-Athleten.  
 Leichtathletische Wettkämpfe — Handball- und Fußballwettkampf.

Eintrittspreis im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 75 Pf., Kinder an der Kasse 10 Pf.

Vorverkaufsstellen: Sportzentrale Schleien, Friedrich-Wilhelm-Straße 17; Fahrradhaus „Frischhau“, Nikolaistraße 14/16; im Sportklubbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße 45, und bei allen Arbeitersportlern.

## Mittelschlesien

**Ostl. Nationalistischer Rummel.** Seit dem Verbot des „Reichs-Frankfurter-Bundes“ durch die sozialdemokratischen Polizeimeister, verlegt auch hier in Ost- und Umgebung kein Sonntag, an dem nicht irgendwo ein nationales Vereinsfest, Städtungs- oder Kreisfest feiert. Angefangen vom Reichsbannerfest bis zur Denkmalweihe in Ratze (schwimmt alles in nationaler Begeisterung). In der Denkmalweihe für die „gefallenen Soldaten“ — die toten Soldaten würden sich im Grabe herumdrehen, könnten sie diese Lügen mit anhören, die von den Pfaffen heruntergelabert werden — marschierten stolz sozialdemokratische Eisenbahner mit Kletter-, Krieger- und Soldatenvereinen einher. In selbst der „Hebliche“ Luifensbund beteiligte sich an diesem Theater. Ingestellt muß werden, daß auch in diesem Luifensbund sich viele Arbeiterfrauen befinden, die leider immer noch von diesen nationalen Traktateuren zu Paradedemns verwendet werden. Der proletarischen Bewegung bleibt auch hier ein weites Arbeitsfeld offen. — Auch die kirchlichen Protokollen führen ihre Schöpfchen an die Öffentlichkeit. Der evangelische Pastor Kaluba versteht es ausgezeichnet mit „weltlichen“ Mitteln Propaganda für seine Kirche zu machen. Das von ihm gegründete Posaunenkorps hält seine Übungsabende in der Kirche ab. Dort kann man jede Woche neben „Jesus meine Zuversicht“ auch den „Friedericus“ und andere sogenannte Armeemärsche hören. Es ist leider auch hier der Fall, daß die meisten Teilnehmer und Mitglieder Arbeiter und Arbeiterkinder sind. In dem Posaunenkorps befinden sich Mitglieder, die dem Bauergewerksbund und dem freigewerkschaftlichen Zimmerverband angehören! Man sieht, die Volksgemeinschaft marschiert.

**Oslau.** S. P. D. Stadtrat Knoblich tödlich verunglückt. In der Nähe von Stäbelow verunglückte der Stadtrat und Provinziallandtagsabgeordnete Knobloch. Er fuhr auf dem Motorrad mit einem Bekannten, namens Langner, auf dem Sozius in der Richtung nach Breslau gegen einen Raupenschlepper und stürzte darauf, daß er sofort tot liegen blieb. Langner starb ebenfalls nach kurzer Zeit an den erlittenen Verletzungen.

**Brieg.** Schwere Unfall. Der 17-jährige Fleischerlehrling Walter Proft transportierte auf einem Viehwagen drei Kühe und ein schweres Schwein für den Fleischermeister Sowoidnich in Schönfeld, nach Brieg. Als das Schwein bei Schüsselndorf aus dem Ferkelstall ausbrechen wollte, hieb der Lehrling vorn auf den Wagen und wollte es wieder einsperren. Dabei wurde er von dem starken Tier geedrückt, fiel vor die Räder und wurde überfahren, wobei er einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen erlitt.

## Arbeitersport

Die Sonnabend-Ausgabe unserer Zeitung enthält einen Sonderdruck zum Reichs-Arbeiter-Sporttag.

**Handball-Auswahlmannschaft zum Aft.** Die Turnermannschaft spielt in folgender Aufstellung: Klose (7. Abt.), Nieburg (6. Abt.), Müller (6. Abt.), Gänzel (1. Abt.), Tegel (2. Abt.), Wit (7. Abt.), Jael (6. Abt.), Hallenborg (2. Abt.), Bialas (7. Abt.), Hansel (1. Abt.), Warzewoda (6. Abt.). — Die Bezirksmannschaft spielt folgendermaßen: Gebiese (Pöselbon), Jäschke (Mochbern), Seeliger (Mochbern), Wartschil (Pöselb.), Lorenz (Gandau), Tegel (1897), Knothe P. (Mochbern), Jüngling (Gandau), Schwerin (1925), Laake (Gandau), Ruffler (Mochbern). — **Ersttag:** Turner: Schiller W. (7. Abt.), Schulz (6. Abt.). Bezirk: Warymba (1925). — Als Schiedsrichter fungieren Schmallsch und Utefer.

Die Serienspiele im Handball werden laut Beschluß der letzten Spielaustrich-Sitzung abgesetzt. Dies allen Vereinen und Abteilungen zur Kenntnis.

**Freie Sportvereine 1897.** Für Jugend und Männer sind am Freitag am Sauerbrunnen für alle Sparten Pflichtübungsstunden angelegt; restloses Erscheinen ist nötig. — Wir suchen für eine aus der 1. und 2. Elf kombinierte Handballmannschaft Gegner, um während des Sommers Gesellschaftsspiele auszutragen. Erwünscht ist Dienstag auf der Pöselwie, sowie Mittwoch und Donnerstag auf des Segners Platz. Spielangebote sind an Genossen Reichert, Ofener Straße 17 a, zu richten.

**Berichterkatter-Vereinigung.** Montag 19 Uhr Monatsversammlung bei Firla, Jahnstraße. Jeder Verein muß vertreten sein.

**Spielvereinigung 1921.** Freitag 20 Uhr Vollversammlung in der „Erholung“. Sämtliche Sportkleidung mitbringen.

**Brieg.** Zum „Aft“ findet am Mittwoch, 19.30 Uhr, ein Sternlauf sämtlicher Vereine nach dem Ring statt. Am Freitag, 18.30 Uhr, Fußballspiel zweier Altermannschaften: Hertha gegen VfB. im Stadion. Sonntag vormittag finden leichtathletische Wettkämpfe statt. Nachmittags kommen die Hauptkämpfe zum Austrag. 16.30 Uhr steigt ein Fußballspiel zweier Auswahlmannschaften A gegen B in folgender Aufstellung. A-Mannschaft: Kodesch — Panzel K., Fijke — Kodesch D., Scholz K., Kurper — Schaar F., Balzer, Papstschil, Fitor, Kentsch. — B-Mannschaft: Schiedsrichter Günther, Wigorek, Schmidt, Pulas, Scholz M., Kummel — Gehner, Steuer, Panzel — Majur, Hauptmann — Friedländer. Erstag: Haber, Schölzel. — A-Mannschaft spielt in weißem Hemd und roter Hose; B-Mannschaft in weißem Hemd und gelber Hose.

**Firla.** Fußball. Die Spiele der Stern-Mannschaften gegen Sparta-Striegau zeigten folgende Resultate: Stern II — Sparta II 1:5. Stern I — Sparta I 4:4. Für Sonntag sind Sturm I und II Stanowik zum Rückspiel nach hier verpflichtet. Die Anstoßzeit der Spiele ist 15 Uhr und 16.30 Uhr.

**Schweidnitz.** Uns wird geschrieben: „Liebe Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“. Nun sage mal, warum bringst du denn von Schweidnitz keine Arbeitersport-Berichte? Es sind doch eine ganze Anzahl von „Arbeiter-Zeitung“-Lesern in den Arbeitersportvereinen. Die meisten Vereine und auch das Kartell haben einen Presseobmann, oder ist der nur auf die „Bergwacht“ vereidigt? Also, da muß wohl an der Leitung etwas nicht in Ordnung sein. Wir Schweidnitzer Arbeitersportler wollen auch in unserer „Arbeiter-Zeitung“ was sehen. Also, liebe Redaktion, bitte bringe mal die Strippe in Ordnung. — Mehrere Arbeitersportler: R. M., M. G., P. S., S. K., F. R., J. K., R. W., E. S., M. W., D. W., F. P., B. A.“ — Wir wollen vorerst das Ergebnis der Veröffentlichung dieser Zuschrift abwarten, bevor wir zu den Dingen von uns aus Stellung nehmen.

## Versammlungskalender

**Partieveranstaltungen**  
**Breslau:**  
 — Stadteit. Die Funktionäre des Stadteits treten am Freitag zur Max-Sozial-Tagung um 18.30 Uhr bei Janke an.  
 — Ortsgruppe Schottland und Handball. Freitag um 18.30 Uhr. antreten zur Max-Sozial-Tagung. Eintritt beim Genossen Kolber.  
**Kommunistischer Jugendverband**  
**Breslau:**  
 — Gruppe Schottländer, Seite 1 und 2. Donnerstag 17.30 Uhr. Generalmitgliedsversammlung in der „Stadt Randsau“, Matthisstraße 212. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.  
 — Gruppe Nord. Freitag beteiligt sich alles an der Demonstration Punkt 10 Uhr am Randsauplatz.  
**Wettkämpfe.** Freitag 20 Uhr. Heimabend im Jugendheim Neu-Salzbrunn. Alle Genossen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.  
 — Sonnabend antreten der Jugend zur Max-Sozial-Tagung um 16.30 Uhr am „Deutschen Hause“. Erscheinen der Genossen ist Pflicht.  
**Jung-Spartakus-Bund**  
**Breslau:**  
 — Tagung Jungpartisanen! Die Ortsgruppe Breslau tritt am Freitag um 18.30 Uhr am Neumarkt an. Von da Abmarsch zum Empfang des Genossen Max Soelz.  
**Rotter Frauen- und Mädchenbund**  
**Breslau:**  
 — Freitag antreten aller Abteilungen sämtlich 18.30 Uhr am Neumarkt zur Abholung von Max Soelz.  
**Sonstige Organisationen.**  
**Breslau:**  
 — Arbeiter-Gewerkschaft. Freitag 20 Uhr im neuen Gruppenlokal „Blücher-Gaststätte“, Blücherstraße 15. Übungsabend.  
 — Streifen. Verband für Freizeitsport und Feuerbekämpfung. Freitag 20 Uhr im Gewerkschaftsheim Monatsversammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.  
 — Götze. Rotte Hilfe. Donnerstag 20 Uhr. Mitgliederversammlung im „Goldenen Engel“. Wichtige Tagesordnung.

Täglich bis 30. Juni, von mittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der Schlesischen Heimat, das Breslauer

# Johannistag

gegenüber der Ausstellung „Wohnung und Werkraum“, mit dem „Schlesischen Simmereich“

Heute Donnerstag: Elite-Tag

Morgen Freitag: 6.30 Uhr: Lauziehen

4.30 Uhr: Motorrad-Weitsprung — Motorrad-Fuchsjagden  
 Gymnastische Spiele (Geschicklichkeitsfahren)

Schenswertig

Schenswertig

Abends 9.45 Uhr: Alesen-Brillant-Feuerwerk in der bekannt großartigen Aufmachung  
 Alt-schlesische Sonnenwendfeier

Niegelehene Schaustellungen  
 Täglich große Sportkämpfe

Eintrittspreise: 30 Pf., Kinder 10 Pf.  
 Elitetage (Donn- u. Donnerstage): 50 Pf.,  
 Kinder 20 Pf. Dauerkarten für alle  
 Tage gültig: 2.50 Mk., Kinder 1.00 Mk.  
 bei W a r a s c h und an den Kassen

Nickels Kunstglasblätere! bietet  
 Kunstfreunden und Zuschauern viele Neubeiten

## Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Letzte Gastspiele

des Kammerjägers

Serge Abranovic

Friederite

## Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Theater- und Musik-Woch

Donnerstag, 20 Uhr

6. Tag

Schwanda, der Dabelfadler

Freitag, 18 Uhr

7. Tag

Abonnements-Vorstellung Serie H 21

Gastspiel

Kammerjäger Friederich Blasche

Kammerjägerin Eliza Stünzner

(Staatstheater Dresden)

Die Weilerkämpfer von Nürnberg

**P. Pohl**

Beste und billigste Bezugsquelle

ff. Schokolade

Kakao — Konfitüren

Leb- und Honigkuchen

Keks — Waffeln und Zwieback

Verkaufsstellen  
 in allen Stadtteilen Breslaus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei  
 Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt  
 Breslau 10, Matthiasstr. 124  
 Fernruf 21 602  
 Inhaber: Erich Müller

Molkerei Hermann Walter  
 Breslau, Gabelstraße 39  
 Milch — Butter — Eier — Käse

Fleisch- und Wurstwaren  
**Richard Krusch**  
 Verkaufsstellen:  
 Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49  
 Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87  
 Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Moderne  
**Kinderwagen**  
 25.-

**Sämereien**  
 Vogelfutter  
 Futtermittel  
 Richard Schwella  
 Matthiasstraße 185  
 Ecke Weinst. 65

35.-, 29.-, 27.-  
**Genossen!**

**Suchante**  
 Werbt  
 neue Leser!

## WEINE

von  
**Herzberg & Co.**

Häfenstraße 48 Blücherplatz 17  
 Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64  
 Selenkestraße 17 Michaelstr. 3

sind deshalb so erstaunlich billig,  
 weil sie in dem In- und Auslande in  
**ganzen Waggons**  
 bezogen und sofort bezahlt  
 werden.

Rotwein . . . . . Flasche 1.10  
 Südwine rot oder gelb „ 1.20  
 Cyder süß „ 0.65  
 Johannisbeerwein süß 0.85  
 Wermutwein süß „ 1.35

Kolonialwaren, Konfitüren  
 Zigarren, Zigaretten  
 Futtermittel, Sämereien  
 Vogelfutter  
**Georg Bänisch**  
 Striegau, Piesnitzer Str. 1

Kalzmarsk  
**Sarg- und Möbel-Magazin**  
 Bobrek-Karl I  
 Großes Lager in Särgen und  
 Möbeln  
 Ausführung v. d. einfachst. u. elegantesten  
 Einrichtung, vornehm. Zimmerdekoration,  
 og. Kutschwagen. Teilzahlung gestattet.

## Neuerscheinungen!

**Max Hoelz**

Vom weißen Kreuz zur roten Fahne  
 392 Seit. Karton. 2.80 M. Gebd. 4.80 M.

**H. FARWIG**

Der Kampf um die Gewerkschaften  
 Ein Abriss über die Gewerkschaftsbewegung  
 von ihren Anfängen bis heute  
 226 Seiten Preis 2.— M.

## Massen-Broschüren!

Dr. med. Martha Ruben-Wolf  
**Abreibung oder Verhütung?**  
 Preis 10 Pfennig  
 Werner Hirsch  
**Wer hilft Dir?**  
 Preis 10 Pfennig

## Literatur-Vertrieb G. m. b. H.

Breslau, Feldstraße 50  
 Hindenburg, Schiebeleplatz

**Genossen!** Berücksichtigt beim Einkauf von  
 Waren nur unsere Inserenten!